:antifaschistische nachrichten Nr. 1
g 3336 13.1.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Priesterbruderschaft kauft Kirche

Köln. Die am rechten Rand des Katholizismus angesiedelte „Priesterbruderschaft St. Pius X.", deren Bischof Williamson demnächst in einem Berufungsverfahren wegen Leugnung des Holocaust vor dem Regensburger Landgericht stehen wird, hat in Köln eine Kirche gekauft. Möglich wurde dies, weil die konservative „Neuapostolische Kirche" einige Kirchen aufgibt. Bislang hatten die umstrittenen Priesterbrüder lediglich Räume in der Straße „Am Salzmagazin" angemietet. Am 19. November wurde nun der Kaufvertrag für die bislang protestantische Kirche, deren genauer Standort derzeit noch nicht bekannt ist, unterzeichnet. Ein „überaus großherziger Wohltäter" habe den größeren Teil des Kaufpreises gespendet, meldet die Priesterbruderschaft. Nach kleineren Umbauarbeiten soll die Kirche spätestens Ostern 2011 ihre Pforten öffnen. In Köln fiel die Priesterbruderschaft im Dezember 2008 erstmals unangenehm auf, als ihr Mitglied Joseph Intsiful auf einer Mahnwache der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln" sprach. *abk* ■

Thomas Brehl tot

Köln/Langen. Die Neonazis von den „Freien Kräften Köln" beklagen den Tod ihres Freundes und Förderers Thomas Brehl (53). Dieser war am 31.Dezember – „plötzlich und absolut unerwartet" – tot in seiner Wohnung im hessischen Langen aufgefunden worden. Der einstige Stellvertreter Michael Kühnens sei einer „der ersten bekennenden Nationalsozialisten der Nachkriegsgeneration" gewesen, heißt es in dem Nachruf. Brehl, der 1999 zu den Mitgründern des „Kampfbund Deutscher Sozialisten" gehörte, erhielt 2008 das Oberlandabzeichen in Silber der „Kameradschaft Freikorps Oberland – Bund Oberland". *hma* ■

NPD plant Fusions-Festakt in Lichtenberg

Für den kommenden Samstag plant die Bundes-NPD in Berlin-Lichtenberg einen Festakt zur Parteienvereinigung von DVU und NPD. Sie hat sich als Ort dafür die Aula der Max-Taut-Schule in Lichtenberg ausgewählt. Protest dagegen ist angekündigt.

Es könnte kein schlechterer Ort gewählt werden, um die Fusion der beiden Nazi-Parteien zu besiegeln. In dieser Aula, in der auch die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlungen stattfinden, kündigte im Dezember 2010 der Berliner DVU-Vorsitzende Torsten Meyer die Zusammenarbeit mit den NPDlern Jörg Hähnel und Manuela Tönhardt in einer gemeinsamen Fraktion auf. Er tat dies aus Protest gegen die Übernahme seiner Partei durch die NPD. Mit diesem Schritt verlor die NPD ihren Fraktionsstatus in Lichtenberg, was sie zu wüsten Beschimpfungen gegenüber Meyer veranlasste.



An diesem Ort also soll die Fusion gefeiert werden. Erwartet wird am Samstag ab 14:00 Uhr neben den beiden Parteivorsitzenden Udo Voigt (NPD) und Matthias Faust (DVU) auch weitere NPD-Polit„prominenz": Holger Apfel, Uwe Meenen und Udo Pastörs. Gleichzeitig soll der Termin als Berliner Wahlkampfauftakt genutzt werden.

Im September diesen Jahres wird in Berlin der Senat und die BVVen neu gewählt. Die NPD will erneut versuchen in mehrere BVVen einzuziehen (derzeit sitzt sie dort in vier Bezirken).

Ihre Chancen werden durch den wahrscheinlichen Antritt von zwei weiteren Rechtsparteien („Pro Deutschland" und „Die Freiheit") sicher nicht größer. Auch hat sich der Berliner NPD-Vorsitzende Uwe Meenen bisher noch nicht mit erfolgreichen Aktionen profilieren können. Den Raum in der Max-Taut-Schule konnte sich die NPD erst auf dem Klageweg erstreiten. Die Schule und der Bezirk hatten sich gegen die Vermietung gewehrt.

Mit einer Kundgebung wollen die Berliner VVN/BdA und die Antifa Hohenschönhausen/Berlin gegen diese Veranstaltung vorgehen. Auf der Seite der Antifa-Gruppe heißt es dazu: Es gibt nichts zu feiern! Fusionsfeier von NPD & DVU in Lichtenberg verhindern!

Weitere Infos: www.berlin.vvn-bda.org www.ah.antifa.de ■

Antifaschistische Kundgebung

ES GIBT NICHTS ZU FEIERN!

Fusionsfeier von NPD & DVU in Lichtenberg verhindern!

Mit der Fusion von NPD und DVU schließen sich die bundesweit größten neonazistischen Parteien zusammen.
Für den Samstag, den 15. Januar, hat die NPD die Nutzung der Max-Taut-Aula in Lichtenberg erklagt, um dort einen „Festakt" zur Fusion durchzuführen. An dem Ort, an dem von wenigen Wochen die Fraktion von NPD und DVU in der Lichtenberger BVV zerbrach, wollen die Parteien jetzt bundesweit Einheit demonstrieren.

**Dem werden wir entschlossen entgegentreten.
Es gibt nichts zu feiern!**



Samstag, 15. Januar 2011, 13:00 Uhr, Nöldnerplatz

Weitere Infos: www.berlin.vvn-bda.org // www.ah.antifa.de

V.i.S.d.P.: Bert Ernie, Allee der Kosmonauten 123, 12081 Berlin

Antifaschistische Kundgebung

Aus dem Inhalt:

Rechte Hilfe

ITALIEN/SÜDTIROL. Die in Südtirol tätige „Laurin-Stiftung" unterstützt Schützen- und Traditionsverbände, in Not geratene Bergbauern und auch führende Aktivisten extrem rechter Parteien. Zehn Millionen Euro an Darlehen soll die Stiftung mit Sitz in Liechtenstein in den Jahren 2001 bis 2008 an 80 Personen vergeben haben. Pius Leitner, Landeschef der FPÖ-nahen „Die Freiheitlichen" in Südtirol gab zu, einen persönlichen Kredit bei einer Innsbrucker Bank aufgenommen zu haben, für den die Stiftung eine Bürgschaft übernommen hatte. Die gezielten Förderungen erreichten Südtiroler und Ladiner – nur keine Italiener.

Im April vergangenen Jahres ließ die Bozener Staatsanwaltschaft das örtliche Büro der 1966 gegründeten Stiftung durchsuchen. Diese ist mit einem Kapital in Höhe von 41 Millionen Euro ausgestattet. In ihren Führungsgremien sitzen einige altbekannte Vertreter der extremen Rechten. Vorsitzender Otto Scrinzi (92) gehörte schon der NSDAP und der SA an. Von 1966 bis 1979 vertrat er die FPÖ im österreichischen Nationalrat. Scrinzi zählt zu den Interviewpartnern des NPD-Organs „Deutsche Stimme" und der „Deutschen Nationalzeitung". Mitglieder des Verwaltungsrats der Stiftung, Peter Kienesberger (68) und Erhard Hartung (67), wurden wegen terroristischer Aktivitäten in Südtirol in Italien verurteilt. Hartung, der im vergangenen Jahr in den Integrationsrat der Stadt Meerbusch im Kreis Neuss einzog, war Funktionär der mittlerweile aufgelösten „Nationaldemokratischen Partei" (NDP) in Österreich. Die lokale Presse stellt erstaunliche Parallelen zwischen der Laurien- und der Niermann-Stiftung fest, die beide anscheinend einem ähnlichen Zweck dienen. *hma* ■

Infotour von „Die Freiheit"

DÜSSELDORF/BERLIN. Die um den ehemaligen CDU-Mann René Stadtkewitz aus Berlin gegründete Partei „Die Freiheit" hat Mitte Dezember eine erste Informationsveranstaltung in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. In Düsseldorf waren – nach eigenen Angaben – über 100 Interessenten zu einer Veranstaltung mit Stadtkewitz erschienen. Stadkewitz beauftragte die Düsseldorfer Freundes- und Unterstützergruppe der neuen Partei, gemeinsam mit „politikerfahrenen Experten für Werbung und Marketing" den Aufbau eines Landesverbandes vorzubereiten. Bis Mitte 2011 sollen überall Landesverbände von „Die Freiheit" gegründet werden und ein erster Bundesparteitag stattfinden, auf dem auch das Programm der neuen Partei beschlossen werden soll, die sich an dem niederländischen Rechtsausleger Geert Wilders orientiert. Bereits Mitte Januar sind Veranstaltungen in Sachsen, Thüringen und Hessen geplant.

Für Unmut in der Anhängerschaft sorgte hingegen ein Besuch der Jugendorganisation von „Die Freiheit" bei den „Schwedendemokraten" in Stockholm. Bisher habe die Partei ja den Eindruck vermittelt, „nichts mit Rechtsaußen zu tun haben zu wollen", so ein Leserkommentar auf der Webseite von „Die Freiheit". Aber jetzt wolle er die Partei „sehr genau betrachten". „Denken Sie vorher also genau nach, mit wem Sie parteilich ins Bett steigen, sonst landen Sie dort, wo Schill und die REP's zurecht verschwanden", so der „konservative Wähler". *hma* ■

Ohne Kommentar

GREVENBROICH. Der Herausgeber der am rechten Rand des Liberalismus angesiedelten Zeitschrift „eigentümlich frei", Andre Lichtschlag, hat zum Jahreswechsel den Kommentarbereich seiner Online-Ausgabe geschlossen. Leser hatten sich über den Zustand des Kommentarbereichs beklagt, der „stark an Niveau verloren" habe. Lichtschlag, der 2009 den von der „Jungen Freiheit" mitvergebenen Löwenthal-Preis erhielt, vermutet „hinter Pseudonymen versteckte Querulanten", die „die Diskussion übernehmen und automatisch immer mehr nach unten ziehen". „Die nun erfolgte Maßnahme war allein aus haftungs-technischer Sicht das einzig Vernünftige!", schreibt ein Leser zur Schließung des Kommentarbereichs. *hma* ■

Elsässers Politmagazin „COMPACT" stellt sich vor

BERLIN. Am 6. Dezember 2010 fand in Berlin-Schmargendorf anlässlich des Erscheinens der Erstausgabe der neurechten Zeitschrift COMPACT eine Podiumsdiskussion zum Titelthema „Sarrazin – der neue Bundeskanzler? Was eine neue Volkspartei erreichen kann" statt. Etwa 120 Personen waren der Einladung gefolgt. Auf dem Podium saßen neben dem ehemals linken Journalisten und jetzigen COMPACT-Chefredakteur, Jürgen Elsässer, der Herausgeber der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit, Dieter Stein, der Verschwörungstheoretiker und Chef der Partei Die Vernunft (PDV) Oliver Janich, die rechte Rapperin Mia Herm alias Dee Ex sowie der Chefredakteur der Islamischen Zeitung, Sulaiman Wilms.

Durch letzteren, der sich als Moslem, LINKE- und attac-Mitglied positionierte, sollte der Anschein der vermeintlich „plural und kontrovers zusammengesetzten" Veranstaltung erweckt werden.

Allerdings war Wilms vielmehr alleine in der Position, den teils aggressiven antimuslimischen Rassismen, völkisch-nationalistischen Tönen und Verschwörungstheorien der Anderen zu widersprechen. Dem größtenteils gutsituierten, rechts-konservativen und von irrationaler Überfremdungsangst geplagten Publikum dürfte es gefallen haben.

Dem ebenfalls anwesenden Vorsitzenden der Berliner NPD, Uwe Meenen, und seinen Begleitern sowie den Personen aus dem Spektrum der Reichsbürger wird es hingegen über weite Strecken zu moderat gewesen sein.

Aus monitor, rundbrief des apabiz e.v., nr. 48, dezember 2010 ■

Bundesfamilienministerin sponsert Unionsnahe

BERLIN. „Die Mittelvergabe im Rahmen der Initiative ‚Demokratie stärken' offenbart eine bemerkenswerte politische Schlagseite. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder betätigt sich als freigiebige Patin unionsnaher Einrichtungen", kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus". Jelpke weiter: „Als einzige parteinahe Einrichtungen werden mit dem Geldsegen die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Junge Union bedacht. So erhält die Konrad-Adenauer-Stiftung 92.000 Euro für ein Symposium zum Thema Linksextremismus und noch einmal 90.000 Euro, um sich mit dem Islamismus zu beschäftigen. 29.000 Euro gehen an die Junge Union für ihr Projekt „Wir fahren nach Berlin – gegen Linksextremismus". Während die Junge Union Köln ihre Fahrt mittlerweile abgesagt hat, haben JU-Gruppen aus Bayern und Hessen im Dezember auf Kosten des Steuerzahlers Ausflüge in die Hauptstadt unternommen. In meinen Augen handelt es sich bei dieser Kaffeefahrt des Unionsnachwuchses um einen eklatanten Missbrauch von Geldern, die zum Kampf gegen den Neofaschismus dringend benötigt werden.

Dies offenbart erneut den ganzen Irrsinn des von der Bundesregierung vertretenen Extremismusansatzes mit seiner unwissenschaftlichen und an den Realitäten in jeder Hinsicht vorbeigehenden Gleichsetzung von Neonazis und linken Antifaschisten.

Um diesen unsinnigen Ansatz so breit wie möglich unter die Leute zu bringen, gibt die Ministerin fast 100.000 Euro aus, damit die vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz entwickelten „Bildungscomics gegen Extremismus – Andi 1 - 3" nun auch in einer bundesweit ver-



Proteste gegen Nato-Tagung in München

MÜNCHEN. Am ersten Februarwochenende treffen sich im Hotel Bayerischer Hof in München wieder die Regierungsvertreter, Militärs, Kriegsstrategen und Rüstungslobbyisten überwiegend aus NATO- und EU-Staaten zur so genannten Sicherheitskonferenz. Gegen dieses Treffen der Kriegstreiber werden auch dieses Jahr Proteste organisiert.
Großdemonstration am Samstag, den 5. Februar 2011, 13.00 Uhr, München, Marienplatz

triebenen Ausgabe erscheinen können. Da kann man schon von einer unzulässigen Querfinanzierung geheimdienstlicher Propaganda aus dem Haushalt des Bundesfamilienministeriums sprechen."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. ■

Celler Kameradschaft 73 hat sich aufgelöst

CELLE. Die Auflösungserklärung der rechtsradikalen Kameradschaft 73 in Celle mit Wirkung zum 21. Dezember 2010 wertet der Celler Kirchenkreis in einer Pressemitteilung als ein Resultat der gemeinsamen Aktivitäten gegen die rechtsradikale Vereinigung, die immer wieder durch provozierende Aktionen und Gewalttätigkeiten hervorgetreten ist. In der jüngsten Vergangenheit hätten die Köpfe der Kameradschaft 73 allerdings hinnehmen müssen, dass der Kauf eines Hotels in Gerhus bei Faßberg durch den rechtsradikalen Anwalt Jürgen Rieger nicht zuletzt aufgrund massiver Proteste aus der Bevölkerung gescheitert war. Auch gegen die Sonnenwendfeiern auf dem Hof des Escheder Neonazis Joachim Nahtz demonstrierten zunehmend mehr Menschen. Erst im November hatte die Escheder Kirchengemeinde einen Pachtvertrag mit dem Escheder Landwirt Nahtz kündigen können. Für Kirchen-Pressesprecher Uwe Schmidt-Seffers ist die Auflösungserklärung daher „ein großer Erfolg des Forum gegen Gewalt und Rechtsradikalimus", einem Zusammenschluss von DGB, der evangelischen Kirche, den Grünen, dem Bunten Haus in Celle, dem VVN und anderen Gruppen sowie Einzelpersonen. Schmidt-Seffers: „Für mich ist das ein wunderbares Weihnachtsgeschenk, auch wenn die letzten verbliebenen Köpfe der Celler Kameradschaft ankündigen, weiterhin aktiv zu bleiben."

Und das ist der Punkt. Dass die Truppe weitermacht – wenn auch mit ein paar Veränderungen – steht bereits fest, siehe auch http://antifa.sfa.over-blog.com.

Quelle: PM Evangelisch-lutherischer Kirchenkreis Celle ■

Urteile in Klagenfurt

ÖSTERREICH. Drei Kärntner Neonazis im Alter von 21 bis 26 Jahre sind in einem Prozess in Klagenfurt wegen NS-Wiederbetätigung Mitte Dezember zu Haftstrafen verurteilt worden. Zwei erhielten 18 Monate, davon sechs unbedingt, der Dritte eine bedingte Haftstrafe von 15 Monaten. Die Urteile sind nicht rechtskräftig.

Die drei Angeklagten hatten im Vorjahr bei einer Veranstaltung im Klagenfurter „Volxhaus" mehrmals „Sieg Heil!" gerufen, den Hitlergruß gezeigt und einen Sänger verprügelt, den sie für eine angebliche „Verunglimpfung" des Kärntner Heimatliedes bestrafen wollten. Laut einem in der Kleinen Zeitung (15.12.2010) veröffentlichten Bericht zeigten die drei Kärntner im Prozess wenig Schuldeinsicht. Auf die Frage des Richters, ob es stimmt, dass er „die Nazi-Zeit besser finde als das, was wir zur Zeit haben", antwortete der 21-jährige Hauptangeklagte: „Ja, klar. Sie sehen, viel Meinungsfreiheit ist heute nicht da, sonst würde ich ja nicht da sitzen." Ein anderer Angeklagter, der sich dazu bekannt hat, „Sieg Heil!" gerufen zu haben, antwortete auf die Frage des Richters, warum er so etwas rufe: „Wir müssen uns zur Wehr setzen."

Die Anklagen wegen Körperverletzung wurden fallengelassen, da sich die Zeugen an diesen Vorfall nicht mehr erinnern konnten. Darauf nimmt auch die neonazistische Homepage Alpen-Donau Bezug, die den Neonazischlägern riet, bei und nach Angriffen künftig auf politische Willensbekundungen zu verzichten. Die Fußtruppen sollen sich merken, „daß es nur ums Austeilen geht. Wenn ihr euch nicht zu erkennen gebt, dann werdet ihr wahrscheinlich nicht erwischt und außerdem werden ein paar g'sunde Watschen nicht so schwer verfolgt wie ‚Wiederbetätigung'."

Neues von ganz rechts - Dezember 2010, www.doew.at ■

Erneuter Neonazi-Überfall auf alternative Gaststätte

DORTMUND. Zum wiederholten Mal haben Neonazis in der Nacht von Samstag auf Sonntag die in der Dortmunder Innenstadt gelegene alternative Gaststätte „Hirsch Q" überfallen. Mit extremer Gewalt und bewaffnet mit Messern, Baseballschlägern und Reizgas verletzten sie zahlreiche Gäste zum Teil schwer.

Leider ist das nicht neu. Unzählige Male haben in den letzten Jahren Neonazis Andersdenkende und deren Einrichtungen überfallen. Der Mord an einem Dortmunder Punk und drei Polizistenmorde zeigen, dass die Rechtsextremisten inzwischen keine Grenzen in ihrer Gewaltausübung kennen. Inzwischen hat die zuständige Oberstaatsanwältin Ina Holznagel bestätigt, dass an dem Überfall auch der erst vor kurzem aus der Haft entlassene Neonazi beteiligt gewesen ist, der vor fünf Jahren den Punk Thomas Schulz in einer Dortmunder U-Bahn-Haltestelle erstochen hatte.

Umso erschütternder ist da die Berichterstattung der Dortmunder Polizei und von Teilen der Dortmunder Medienlandschaft, für die es eine übliche Auseinandersetzung zwischen zwei politisch extremistischen Gruppierungen sein soll.

„Völlig ausgeblendet wird dabei, dass die „Hirsch Q" kein Hort der Gewalt war oder ist und einzig und allein die Dortmunder Neonaziszene, die Autonomen Nationalisten und die Skinhead-Front Dorstfeld für Gewalttaten steht. Die Täter, Schläger und Mörder, stehen rechts." so die Dortmunder Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Landeskriminalamt durchsucht „Interessengemeinschaft Fahrt & Lager" (IG Fahrt & Lager)

NIEDERSACHSEN. Aufgrund richterlicher Beschlüsse nach dem Gefahrenabwehrrecht durchsuchten am 21.12.2010 gegen 7.00 Uhr insgesamt 25 Beamte Wohnungen von Mitgliedern der JN (Jungen Nationaldemokraten) in Oranienburg, Ludwigshafen, Bad Dürkheim, Heidelberg und Osnabrück. ⟶

Vorangegangene Ermittlungen des niedersächsischen Landeskriminalamtes hatten ergeben, dass unter dem Deckmantel der JN bundesweit durch die Organisation „IG Fahrt & Lager“ Aktivitäten durchgeführt werden, die in ihrer Diktion eindeutige Parallelen zu Inhalten der am 31.3.2009 bundesweit verbotenen „Vereinigung Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) aufwiesen. Auch stellte sich heraus, dass sich diverse ehemalige Mitglieder der HDJ in Führungspositionen der „IG Fahrt & Lager“ organisiert hatten.

Durch die Durchsuchung soll das bevorstehende erste bundesweite Jahreswechsellager verhindert werden. Polizeiliche Ermittlungen hatten ergeben, dass die Gefahr besteht, dass es während des Lagers zu Straftaten wegen u.a. Volksverhetzung oder Verstöße gegen das Uniformverbot kommen soll. Weiterhin bestehe eine erhebliche Jugendgefährdung.

Nach ersten Erkenntnissen wurden bei den Durchsuchungen diverse offensichtlich rechtsextremistische Unterlagen der IG Fahrt & Lager, sowie Unterlagen über die Planung und Durchführung des Jahreswechsellagers sichergestellt.

Quelle: http://www.lka.niedersachsen.de/, Presse-Information Hannover, 21.12.2010 ■

Tomatenwurf auf Neonazis bleibt straflos

MÜNCHEN. Das Verfahren gegen den Münchner Arzt Günter Wangerin wegen versuchter Körperverletzung (siehe AN 25-26/2010) wurde vom Amtsgericht der bayerischen Landeshauptstadt eingestellt. Damit muss der Antifaschist nicht die von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafe von 1800 Euro zahlen. Die Kosten des Prozesses trägt die Staatskasse.

Am 14. November 2009 beteiligte sich Wangerin an den Protesten gegen einen Aufmarsch von etwa 150 Neonazis. Die waren am „Volkstrauertag“ unter dem Motto „Ruhm und Ehre den deutschen Soldaten“ durch Münchens Innenstadt gezogen. Als die braune Truppe an ihm vorbeizog, kaufte der Anästhesist einige Tomaten an einem türkischen Imbiss und schleuderte zwei davon in Richtung der Rechten. Getroffen hat er nicht. Doch laut Polizei und Staatsanwaltschaft habe Wangerin billigend in Kauf genommen, dass durch das Gemüse Menschen verletzt würden. 1800 Euro sollte er dafür zahlen. Wangerin legte Widerspruch ein – und hatte damit Erfolg.

Amtsrichterin Gabriele Krause stellte das Verfahren am Montag im völlig überfüllten Gerichtssaal ein. Sie wolle den Fall nicht unnötig aufblähen, sagte die Richterin. Auch die Staatsanwaltschaft akzeptierte schließlich den Richterspruch.

Lokalberichte München 26-2010 ■

Neonazistinnen treffen sich bei „Burschenschaft Danubia“

Die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF), eine der wichtigsten neonazistischen Frauenorganisationen in Deutschland, lud ihre Aktivistinnen aus Oberbayern am Sonntag, 28. November 2010, zu einem „Regionaltreffen“ nach München ein. Für die interne Versammlung hatten sich die Neonazistinnen einen besonderen Versammlungsort ausgesucht: die „Burschenschaft Danubia“ im Stadtteil Bogenhausen. Das Treffen ist auch ein Beleg für die Einbettung der „Danubia“ in die bundesdeutsche Neonazi-Szene.

Die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“

Die Neonazistinnen der „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) hängen traditionellen Vorstellungen von der Rolle der Frau als Mutter und Partnerin des Mannes an; die zentralen Themen der Organisation sind „Brauchtum“ und „Kindererziehung“, jeweils gespickt mit einer völkischen, nationalistischen Note. Die Führungsriege der GDF kommt aus dem im Jahr 2000 aus Angst vor einem staatlichen Verbot aufgelösten „Skingirl-Freundeskreis Deutschland“ (ehemals „Skingirl-Front Deutschland“, SFD). Enge Kontakte und personelle Überschneidungen gibt es bei der GDF mit der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) sowie der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), deren Aktivist Tobias Faethe wiederum einige Semester lang als Aktivensprecher der Münchner „Burschenschaft Danubia“ wirkte.



GDF-Aktivistin bei der Burschenschaft Danubia. Bild: Robert Andreasch

Das „Regionaltreffen“ der GDF

Um 12.00 Uhr trafen die GDF-Aktivistinnen aus München und Oberbayern zu Fuß oder mit PKWs ein, zum Teil parkten die öffentlichkeitsscheuen Frauen auf dem Gelände der Burschenschaft. Einige hatten Grünzeug und Teekannen dabei, um die angekündigte „vorweihnachtliche Atmosphäre“ zu schaffen. Mehrere „Danubia“- Mitglieder waren während des Treffens der Neonazistinnen im Haus anwesend und halfen z. B. auch beim Tragen von Materialien. Recht naheliegend, angesichts der Versammlung bei einem Mitgliedsbund der „Deutschen Burschenschaft“, waren die von der GDF für diesen Nachmittag angekündigten politischen Referate zu den burschenschaftlichen Standardthemen „Hambacher Fest“ und „Wartburgfest“.

Die Rolle der „Burschenschaft Danubia“

Die „Danubia“ die seit 2007 im bayerischen Verfassungsschutzbericht keine Erwähnung mehr findet, hat gerade in den letzten Jahren durchgehend Belege für ihre tiefe Verstrickung in die extreme Rechte geliefert. Die rechte bis neonazistische Szene der deutschsprachigen Länder wird nicht nur regelmäßig zu Veranstaltungen der „Danubia“ eingeladen, sondern führt auch selbst Veranstaltungen in der Danuben-Villa durch: Am 15. November 2008 z. B. feierte der neonazistische Verleger Dietmar Munier aus Selent (Schleswig-Holstein) mit einer Festveranstaltung im Saal der Danubia den Geburtstag des extrem rechten Militärhistorikers Franz W. Seidler, der seine Bücher wiederum in Muniers „Pour le Merité“-Verlag publiziert. Zur Feier fanden sich damals neben CSU-Politiker Hans Merkel (Putzbrunn), dem Münchner Großverleger Heribert Fleissner sowie den „Danubia“-Burschenschaftern Bernd Kallina (ehemals JN), Hans-Ulrich Kopp (Witikobund-Bundesvorstandsmitglied) und Fred Duswald (in den 70er Jahren Führungskader der neonazistischen NDP, ehemals Vorstandsmitglied des „Vereins Dichterstein Offenhausen“) u. a. auch die prominenten Rechten Günther Deschner (heute Chefredakteur des extrem rechten Magazins „Zuerst!“), Alfred Mechtersheimer (Vorsitzender der extrem rechten „Deutschland-Bewegung“), Rechtsanwalt Klaus Goebel (ehemals „Stille Hilfe“) und der NSWehrmachts-Ritterkreuzträger Dietrich Witzel ein.

Neonazistischen Unterlagen zufolge, die dem a.i.d.a.-Archiv vorliegen, soll es vor einigen Jahren schon einmal ein Treffen der „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ bei der „Burschenschaft Danubia“ gegeben haben, insofern war das Treffen der Neonazistinnen der GDF Ende November 2010 bei der „Danubia“ keine „Ausnahmeerscheinung“. Die aktuelle Versammlung der Neonazi-Frauen bei der „Danubia“ weist jedoch noch einmal besonders deutlich auf den völkischen Charakter des Männerbunds in der Münchner Möhlstraße hin.

www.aida-archiv.de ■

Spendenaufruf:

50 Jahre „Glocke vom Ettersberg"

Antifaschistische Wurzeln der Gewerkschaften bewahren. Zukunft des politischen Erinnerns zum KZ Buchenwald sichern!

Vor fünfzig Jahren erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Glocke vom Ettersberg" das Mitteilungsblatt der Lagergemeinschaft Buchenwald- Dora. Gegründet wurde sie von ehemaligen Häftlingen des Konzentrationslagers Buchenwald, die sich damit in der „Medienwelt" eine spezifische antifaschistische Publikationsmöglichkeit schaffen wollten, um das politische Vermächtnis der ermordeten wie der überlebenden Buchenwald-Häftlinge wach zu halten. Dieses Anliegen hatte auf dem Gründungskongress des „Freien Gewerkschaftsbundes Hessen" am 24./25. August 1946 der ehemalige Buchenwald-Häftling und damalige hessische Staatssekretär Hermann Brill so dargestellt:

„Im Jahre 1944 ist es uns im KZ Buchenwald gelungen, ein selbstverständlich illegales deutsches Gewerkschaftskomitee zu organisieren, und ich glaube, ich spreche nicht zu viel aus, wenn ich sage, dass die Grundlagen, die heute für eine neue Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bereits wieder geschaffen worden sind, zu einem guten Teil auf die Ergebnisse der Aussprachen zurückgehen, die damals in allen deutschen Konzentrationslagern und Zuchthäusern, unter denen, die gewillt waren, sich nicht zu beugen, geführt worden sind."

Diese Erfahrungen trugen die Überlebenden des KZ Buchenwald und die Herausgeber der „Glocke vom Ettersberg" nicht nur in die Gewerkschaften, sie sorgten auch künftig für eine sehr enge Verbundenheit der Lagergemeinschaft zu den Gewerkschaften. In der Redaktion arbeiteten Buchenwald-Häftlinge wie Willi Bleicher und Willy Schmidt von der IG Metall sowie Paul Grünewald von der IG Chemie-Papier-Keramik und Emil Carlebach von der IG Druck und Papier mit, die selber aktiv in der Gewerkschaftsbewegung waren.

Viele Aktivitäten vor allem junger Gewerkschafter/innen gegen alte und neue Nazis wie gegen die NPD in den 50er und verstärkt seit Mitte der 60er Jahre bis heute hatten und haben einen direkten politischen Bezug zu den Erlebnissen und Erfahrungen älterer Gewerkschafter/innen in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern Hitler-Deutschlands sowie zum antifaschistischen Widerstand gegen das Naziregime. Und immer wieder sprachen Vertreter der DGB-Gewerkschaften auf den Gedenkveranstaltungen zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald am 11. April. So unterstrich Horst Schmitthenner vom Vorstand der IG Metall in seiner Rede 2003:



Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, Postbank Frankfurt
BLZ 500 100 60
Spendenkonto 752290-602

„Im KZ Buchenwald haben uns die politischen Häftlinge gezeigt, was Menschen vermögen, wenn sie zur Abwehr von Terror und Gewalt zusammenhalten, wenn sie sich in bedrohlichen Lebenslagen beistehen, wenn sich das Bekenntnis zur Solidarität in aktives Handeln mit- und füreinander verwandelt. Die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald durch die Häftlinge ist deshalb mehr gewesen als nur ein organisierter militärisch-taktischer Schlag gegen die Nazi-Faschisten zu einem günstigen Zeitpunkt. Die Selbstbefreiung ist für die Nachgeborenen ein bleibendes Zeichen der Courage, der Selbstbehauptung und des Selbstbewusstseins, kurz: der Verteidigung des Menschseins sogar unter den barbarischen Verhältnissen eines deutschen Konzentrationslagers.

Wir können und müssen daraus lernen, dass die internationale Solidarität nicht nur größte Not und Bedrückung überwinden hilft, sondern auch den Grundstein für nachhaltige Veränderungen legen kann. Darum ist heute mehr politisches Engagement nötig, wenn die Friedensbewegung verbreitert und künftige Kriege durch Proteste und Widerstand verhindert werden sollen. Aus diesem Grund muss die internationale Solidarität noch deutlich größer werden, wenn die Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen allseits und allerorts verbessert werden sollen. Und deshalb müssen wir mehr werden, die sich im Betrieb, in Kulturvereinen, im Bekannten- und Freundeskreis offen und couragiert gegen jede Form von Demütigung, Unterdrückung und Fremdenfeindlichkeit wehren."

Die biologische „Uhr" läuft unaufhaltsam: Die Generation der Überlebenden von Buchenwald verschwindet. Aber ihr gesellschaftspolitisches Anliegen darf nicht verloren gehen. In diesem Sinne rufen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Untergliederungen der DGB-Gewerkschaften auf, die politische und publizistische Arbeit der Lagergemeinschaft Buchenwald- Dora und insbesondere die Herausgabe der „Glocke vom Ettersberg" aktiv politisch und finanziell zu unterstützen.

Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora / Freundeskreis e.V.
www.kz-buchenwald.de!
lag-buch@muenster.org ■

Unterzeichner/innen des Spendenaufrufs: Harald Fiedler, Gewerkschaftssekretär; Horst Gobrecht, ver.di- Gewerkschaftssekretär; Andreas Goerke, IG BAU; Hans-Jürgen Hinzer, NGG-Gewerkschaftssekretär; Horst Koch-Panzner, Gewerkschaftssekretär; Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen; Peter Köster, stellv. Bezirksvorsitzender IG BAU Mühlheim-Essen-Oberhausen; Peter Scherer, IG Metall; Ulrich Schneider, GEW; Olaf Seiler, ver.di-Fachgruppe Post; Claudia Wöhrmann-Adam, ver.di Köln.

Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand

Unter dem Titel „Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand – Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland", ist jetzt eine Studie erschienen, die sich inhaltlich mit den Thesen Sarrazins auseinandersetzt. Das Forschungsteam schöpft aus zahlreichen Studien von Bundeseinrichtungen sowie von Sachverständigen renommierter Forschungszentren. Die Arbeitsschwerpunkte des Teams liegen in den Bereichen: Identität und Zugehörigkeit, Bildung und Arbeitsmarkt, Islamfeindlichkeit und Islamismus sowie Euro-Mediterrane Partnerschaft und Europäische Nachbarschaftspolitik.

Die Studie stellt jeweils einige Kernthesen von Sarrazin voran und setzt sich akribisch mit dessen Zahlenmaterial auseinander, das teilweise frei erfunden ist; aber auch mit Sarrazins plumpen Schlussfolgerungen. „Wir widersprechen der Interpretation, dass Thilo Sarrazins Buch... einen Tabubruch darstellt." heisst es. Vielmehr bestehe der Tabubruch Sarrazins „im gezielten Weglassen der Integrationserfolge."

Die 70-seitige Studie kann im Internet heruntergeladen werden unter **http://www.heymat.huberlin.de**. (PDF-Datei) ■

Friedensorientierte Wissenschaft oder Kriegsforschung?

Köln. An der Universität Köln hat im Dezember eine Abstimmung unter allen Studierenden über eine sogenannte „Zivilklausel“ stattgefunden. Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung der Hochschule, nicht mit Einrichtungen der Rüstungsindustrie oder des Militärs zusammenzuarbeiten und für ausschließlich zivile Zwecke zu wirken.

Abgestimmt wurde über folgenden Text:

Ich spreche mich dafür aus, dass folgender Passus in die Grundordnung der Universität zu Köln in den Paragraphen 2 „Hochschulaufgaben“, Punkt 1, aufgenommen wird:

„Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

An der Abstimmung beteiligten sich ca. 8000 Studierende. Eine klare Mehrheit von 65 % hat sich für die Zivilklausel ausgesprochen, bei 20 % Gegenstimmen und 15 % Enthaltungen.

Das Studierendenparlament fordert bereits seit längerem die Verankerung einer Zivilklausel in der Grundordnung der Universität.

Bisher ignoriert die Uni-Leitung jedoch diese Forderung. Daher stellte das Studierendenparlament die Zivilklausel zur Abstimmung, um die Mitglieder der Hochschule an der Auseinandersetzung zu beteiligen.

„Wir wollen, dass Wissenschaft und Bildung an den Interessen der Allgemeinheit ausgerichtet werden und zu einer friedlichen Gesellschaftsentwicklung beitragen. Genau darauf zielt die Zivilklausel ab:

Die Mitglieder der Hochschulen sollen gegen den Einfluss der Drittmittelgeber, wie der privaten Wirtschaft und der Bundeswehr, die Ausrichtung der Hochschule demokratisch und gesellschaftlich verantwortlich bestimmen. Das entspricht der im Grundgesetz verankerten Freiheit der Wissenschaft: Partikulare Interessen dürfen nicht die Ausrichtung der Wissenschaft bestimmen, wie es aktuell der Fall ist. Das gilt insbesondere für Einrichtungen, die an Rüstungsproduktion und Kriegsführung beteiligt sind“, so Maria Schäfer vom Arbeitskreis Zivilklausel der Universität Köln.

„Wir sagen Nein zur zunehmenden Militarisierung. Deutschland führt wieder Krieg, das kann selbst die Bundeskanzlerin nicht mehr verschweigen. Die Bundeswehr soll verstärkt zu einer ‚Armee im Einsatz‘ umgewandelt werden, das heißt global zur Kriegsführung eingesetzt werden. Statt Völkerverständigung und internationaler Zusammenarbeit zur Lösung der globalen Probleme werden so weitere Aufrüstung und Krieg befördert. Forschung für die Bundeswehr und Rüstungsunternehmen tragen zu dieser Entwicklung bei. Die Zivilklausel bedeutet dagegen, dass die Hochschule als zivile Einrichtung zur Beendigung von Krieg sowie zur zivilen Lösung von Konflikten beitragen kann und muss“, ergänzt Felix von Massenbach, ebenfalls vom Arbeitskreis Zivilklausel.

„Die Befürwortung der Zivilklausel von fast zwei Dritteln der Studierenden ist eine klare Positionierung gegen die Indienstnahme der Hochschule für Kriegsforschung. Dieses Votum zeigt: Die finanzielle Erpressung der Hochschulen durch knappe öffentliche Mittelzuweisungen und wachsenden Einfluss von Drittmittelgebern wird von den Studierenden abgelehnt.

Damit Wissenschaft zur Verwirklichung von Frieden und sozialem Fortschritt beitragen kann, müssen auf Grundlage einer Zivilklausel sämtliche Drittmittelverträge offengelegt und kritisch überprüft werden. Dafür werden wir weiter kämpfen“, resümiert Katharina Sass, Mitglied des Studierendenparlaments der Universität Köln.

Weitere Infos: www.zivilklausel.uni-koeln.de ■

Neujahrsbotschaft des AK-Distomo:

2011 – Das Jahr der Entscheidung für die Entschädigung von NS-Verbrechen?

Der Arbeitskreis Distomo rechnet damit, dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag im Jahr 2011 seine Entscheidung im Verfahren Deutschland ./. Italien fällen wird. Es geht um die Frage, ob die Opfer und Überlebenden nationalsozialistischer Verbrechen das Recht haben, in ihren jeweiligen Heimatländern Entschädigung gerichtlich einzuklagen.

Griechische und italienische Gerichte haben dieses Recht anerkannt und mehrfach bestätigt. Einer der in Den Haag verhandelten Fälle ist das Entschädigungsverfahren im Fall Distomo. In Distomo begingen deutsche Truppen am 10. Juni 1944 ein Massaker an der Bevölkerung und ermordeten 218 Menschen.

Der griechische Justizminister Kastanidis erklärte jüngst im Rahmen einer parlamentarischen Fragestunde, dass die griechische Regierung ernsthaft erwäge, sich am Verfahren in Den Haag zu beteiligen. Der Arbeitskreis Distomo begrüßt diese Überlegungen und wünscht der griechischen Regierung für das neue Jahr viel Erfolg bei ihrer Entscheidungsfindung. Eine Beteiligung Griechenlands würde die Chancen für eine Abweisung der deutschen Klage in Den Haag und eine Durchsetzung der Rechtsansprüche der Distomo-Opfer deutlich verbessern. Die Frist für eine mögliche Beteiligung läuft noch bis Mitte Januar 2011.

Deutschland missachtet seit vielen Jahren die Rechtsprechung anderer EU-Staaten und setzt sich über rechtskräftige Urteile hinweg. Im Fall Distomo bestehen rechtskräftige Ansprüche in Höhe von derzeit ca. 50 Mio. Euro zugunsten von ca. 300 Klägerinnen und Klägern.

Die deutsche Regierung hat zuletzt den Internationalen Gerichtshof angerufen, um mit dem Scheinargument der Staatenimmunität die Unabhängigkeit der Justiz in anderen EU-Ländern auszuhebeln und die Rechtsansprüche der Opfer zu torpedieren. Die deutsche Klage gegen Italien stellt einen Missbrauch des Internationalen Gerichtshofs dar. Tatsächlich geht es um schlichte Zahlungsverweigerung. Außerdem will Deutschland sich für gegenwärtige und zukünftige Kriegseinsätze den Rücken freihalten, um für Verbrechen seiner Soldaten im Ausland – wie z. B. den Luftangriff auf einen Tanklastzug im afghanischen Kundus – nicht verklagt werden zu können.

Der Arbeitskreis Distomo fordert

- die sofortige Erfüllung des Distomo-Urteils durch die deutsche Regierung
- die Rücknahme der Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag
- die unverzügliche Entschädigung aller NS-Opfer durch die Bundesrepublik Deutschland.

Hamburg, 2. Januar 2011,
AK Distomo,
Weitere Infos unter
http://keine-ruhe.org ■

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Linksfraktion im Bundestag am 3.12.2010:

»... und plötzlich gab es nur noch Demokraten«

Die Untersuchung der braunen Wurzeln bundesdeutscher Institutionen erlebt zur Zeit einen Boom. Linksfraktion und RLS ließen dazu am 3.12. zwei aktive Wissenschaftler zu Wort kommen. Prof. Joachim Perels (Hannover) und Prof. Patrick Wagner (Halle) stellten eigene Forschungsergebnisse vor und erläuterten Zusammenhänge der aktuellen Debatte um die Institutionengeschichte. Die Aktualität des Themas ließ sich auch daran erkennen, dass trotz eisiger Außentemperaturen und S-Bahn-Chaos mehr als 80 Personen die Veranstaltung in der Presselobby des Bundestages besuchten.

Jan Korte, linker Bundestagsabgeordneter, moderierte die Veranstaltung. Nicht zuletzt seine Initiativen im Deutschen Bundestag waren es, die geschichtspolitische Themen, wie die Rehabilitierung so genannter Kriegsverräter, in jüngster Vergangenheit in den Fokus der Öffentlichkeit rückten. Die gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführte Veranstaltung wurde von Axel Krumrey eröffnet. Er betonte, dass Geschichtspolitik für die Stiftung bedeute, mit Geschichte so umzugehen, dass sie als Handlungsorientierung dienen kann. Die eigene Geschichte dürfe dabei aber nicht ausgespart bleiben. Deshalb, so Krumrey weiter, gehöre eine „sachlich fundierte Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus der DDR genauso dazu wie die mit dem Nationalsozialismus und eben auch der Rolle staatlicher Institutionen in diesem System.“ Ein Vergleich des Umgangs mit der Geschichte der beiden deutschen Staaten sollte durchaus Teil dieser Betrachtung sein. Eine Gleichsetzung der Systeme – fuhr er fort – käme dabei aber nicht infrage.

Jan Korte wies auf die Brisanz der zu diskutierenden Thematik hin. Die personellen Kontinuitäten im Staatsdienst nach Gründung der BRD zu denen in der NS-Diktatur seien erschreckend groß gewesen, zu oft werden sie jedoch verleugnet. Eben diese Parallelen hätten Politik und Verwaltungshandeln aber massiv beeinflusst. Kein Wunder sei es deshalb, dass erst in der heutigen Zeit NS-Recht abgeschafft werde. Die Linksfraktion im Bundestag habe dahingehend noch weitere Initiativen vorbereitet. Die Offenlegung der Akte des Nazi-Verbrechers Adolf Eichmann gehöre unter anderem dazu. Korte begrüßte die Aktivitäten einzelner staatlicher Institutionen, endlich damit zu beginnen, die eigene Geschichte untersuchen zu lassen.

Damit leitete er über zu Patrick Wagner, der derzeit an einer Studie zur Geschichte des Bundeskriminalamts (BKA) arbeitet. Wagner wollte die Erwartungen an seinen Beitrag jedoch bereits zu Beginn bremsen. Schließlich, so seine Bemerkung, laufe die Studie noch. Erste Ergebnisse kenne noch nicht einmal das BKA. Deshalb wolle er hier jetzt nicht zu sehr ins Detail gehen. Stattdessen verwies er auf die Publikation der Forschungsergebnisse im nächsten Jahr. In seinem Beitrag ging er sodann etwas komplexer auf die einzelnen Etappen ein, in denen sich die junge BRD den vorbelasteten Staatsdienern des NS-Systems öffnete. Als eine der wichtigsten Zäsuren sah er dabei das Gesetz zur Rehabilitierung der NS-Beamten von 1951, das die Grundlage zur Übernahme von mehr als 20.000 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in die staatlichen Institutionen der BRD war. Er merkte allerdings an, dass dieses Gesetz auch mit den Stimmen der damaligen KPD-Fraktion verabschiedet wurde und deutete somit den breiten politischen Konsens in Anbetracht der Integration (früherer) Nationalsozialisten in die junge Demokratie an. Als entscheidendes Einstellungskriterium hob er den Korpsgeist hervor, den die Einstellungswilligen in ihrer Biographie vorzuweisen hatten. Die mögliche Beteiligung an NS-Verbrechen spielte folglich keine Rolle, sofern mit den früheren Kolleg/innen angemessen umgegangen wurde. Kaum Gegenstand in der Forschung sei bisher jedoch gewesen, wie sich diese Einstellungspolitik tatsächlich auf konkretes Handeln ausgewirkt habe. Es gebe demnach, hob Wagner hervor, keine verlässlichen Studien dazu, wie die früheren NS-Beamten in ihren neuen Arbeitszusammenhängen gewirkt haben. Antikommunismus, so wie er heute vorgetragen werde, sei aber nicht unbedingt als Folge der personellen Kontinuitäten in staatlichen Institutionen zu sehen, wenn auch die politische Kultur möglicherweise nicht unbeeinflusst geblieben sei.

Joachim Perels ging in seinem Beitrag auf die Rechtsprechung und die Recht sprechenden Institutionen im Nationalsozialismus ein. In diesem System, so sein Fazit, habe nichts anderes geherrscht als uneingeschränkte Rechtlosigkeit. Basierend auf dieser Feststellung hätte es der jungen Bundesrepublik gut getan, Laien zu Richtern auszubilden und nicht bis zu 75 Prozent der Gerichtsbarkeit mit „belastetem“ Personal zu besetzen. Etwa zehn Jahre habe dieser Prozess gedauert. Als Gründe für die Verabschiedung des bereits erwähnten Gesetzes von 1951 nannte Perels unter anderem die massive Kampagne der Beamtenbünde gegen den Ausschluss der NS-Beamten aus dem BRD-Staatsdienst. Mit den Richtern aus der NS-Zeit wurden auch juristische Auslegungen und Formeln übernommen.

In der anschließenden Debatte gingen Wagner und Perels auf Fragen aus dem Publikum ein. So sei der Expertenstatus, der den früheren NS-Beamten zugedacht wurde, „existenziell“ für die junge BRD gewesen. Diese Sichtweise habe sich mehr und mehr durchgesetzt. Den „Boom“ der Untersuchungen zur Geschichte einzelner Institutionen erklärte Wagner damit, dass die heutigen Verantwortungs- und Entscheidungsträger im Auswärtigen Amt, im BKA oder auch beim Verfassungsschutz keine subjektive Verantwortung mehr tragen, weshalb es ihnen leichter falle, sich mit der Geschichte auseinander zu setzen. Schwer verständlich sei es heute, dass sich die deutsche Bevölkerung in den 1950er-Jahren zuvorderst als Opfer des Faschismus gesehen habe. In diesem Kontext sei die damalige Gesetzgebung zur Integration belasteter Personen aber zu sehen. Dies sei gleichzeitig auch Zeichen der Wandlung deutscher Volksgenossen zu Bundesbürgern. Die Einsicht sei gewonnen worden, dass man Gesellschaft nicht austauschen könne. Stark unterscheiden würde sich demnach auch der Umgang mit NS-belastetem Personal in den Bundesländern. Auch hier sah Patrick Wagner weiteren Forschungsbedarf. Joachim Perels formulierte daraufhin, auch aus eigenen Erfahrungen berichtend, dass es durchaus einzelne „rechtsstaatlich befreite Zonen“ in der Bundesrepublik gegeben habe. Gemeint waren damit vor al-



lem diejenigen Gerichte, die sich nicht an der Mehrheitsposition in der Rechtssprechung, die ja an NS-Recht angelehnt war, orientierten. Zugegeben, fuhr Perels fort, das seien gemessen an der übergroßen Dominanz der NS-Juristen im bundesdeutschen Gerichtswesen der 1950er-Jahre wirklich nur kleine Inseln gewesen. Um auch noch einmal eine begriffliche Klarheit zu erreichen, verdeutlichte Perels, dass rechtsstaatliche Grundsätze dort verlassen werden, wo nicht die Judikative, sondern die Politik Recht spricht. Patrick Wagner versuchte schließlich seine eigene Aussage zu unterstreichen, warum Geheimhaltung staatlicherseits zumindest auf Zeit durchaus begründet sei. Hier gehe es nämlich unter anderem um den Schutz von Menschen.

Weitere Ansätze für die Auseinandersetzung mit Kontinuitäten zur NS-Zeit sahen beide Wissenschaftler in der Untersuchung des Personalbestandes der politischen Parteien in diesen Jahren. Übrigens habe auch die DDR mit einer nazifizierten Gesellschaft umgehen müssen. Die Entnazifizierung sei jedoch grundlegender erfolgt, wenn auch in diesem Zusammenhang Menschen mit Repressalien zu leben hatten, die dem neuen System einfach nur nicht passten.

Axel Krumrey ■

Den Bericht haben wir der Webseite von Jan Korte, MdB die LINKE, entnommen, mit freundlicher Genehmigung des Verfassers Axel Krumrey von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. www.jankorte.de

Das NS-Erbe in deutschen Behörden und Bundesministerien – Zur aktuellen Vergangenheitspolitik

von Jan Korte

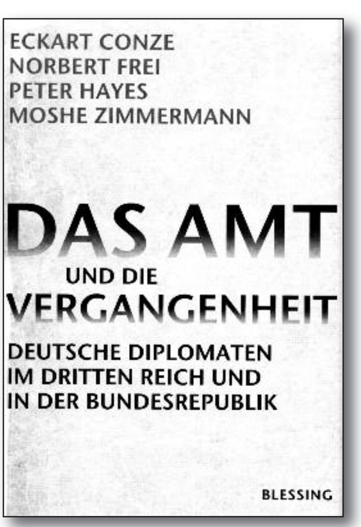
Vor etwas über einem Jahr verabschiedete der Bundestag einstimmig die Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter. Also jener einfachen Soldaten, die sich dem deutschen Angriffs-und Vernichtungskrieg entzogen hatten, die kritische Tagebucheinträge zum Kriegsverlauf verfassten, die Kriegsgefangenen ein Stück Brot zusteckten oder die versuchten, Jüdinnen und Juden vor der sicheren Ermordung zu retten. All diese Menschen wurden in der Regel von einer blutigen NS-Militärjustiz hingerichtet. Und: All diese Menschen waren bis 2009 gebrandmarkt, die Unrechtsurteile hatten bis zur Rehabilitierung durch den Bundestag Bestand. Fast vier Jahre dauerte die Diskussion um die Rehabilitierung.[1] Trotzdem bedeutete die einstimmige Beschlusslage des Bundestages eine «offizielle» Kehrtwende – besonders auf Seiten der Konservativen. Das alte Filbinger-Denken «Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein» wurde von der Union – aus offenbar taktischen Gründen – verworfen. Die Erkenntnis, dass die Wehrmachtsjustiz eindeutiger Teil des Terror-und Willkürsystems war und keinesfalls hiervon zu trennen ist, hatte sich durchgesetzt. Allerdings war dafür enormer gesellschaftlicher und politischer Druck notwendig. Erst als Abgeordnete anderer Fraktionen, besonders aus den Reihen von SPD und Grünen, offen signalisierten, sie würden das Anliegen der Linksfraktion unterstützen, kam Bewegung in die Debatte. Entscheidend zuvor war aber die Unterstützung durch gesellschaftliche Multiplikatoren und nicht zuletzt durch die Presse. Berichteten anfangs lediglich linke Tageszeitungen wie Neues Deutschland und dann die taz über die «Kriegsverräter», wuchs der Druck besonders als sogenannte Leitmedien wie Spiegel, Süddeutsche und FAZ berichteten – und zwar mit einer klaren, offenen Zielrichtung: für den Antrag der Linksfraktion. Das zeigt, dass der Umgang mit der NS-Vergangenheit bis hinein in die «bürgerlichen» Medien mittlerweile ein Grundverständnis an kritischem Bewusstsein aufzuweisen hat. Dies ist Ergebnis von jahrzehntelanger Auseinandersetzung von zunächst minoritären Gruppen in der Bundesrepublik. Angefangen von Einzelpersönlichkeiten wie Martin Niemöller, Eugen Kogon, Walter Dirks und Gustav Heinemann in den fünfziger und sechziger Jahren, durch das politische und juristische Engagement des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer und den Auschwitzprozess, über große Teile der Studentenbewegung, durch engagierte kritische Wissenschaftler in den Universitäten, durch die Macher der Wehrmachtsausstellung, durch viele linke Geschichtswerkstätten und nicht zuletzt durch jede lokale Gedenkstätten-und Aufarbeitungsinitiative wurde eine fortschrittliche Geschichtspolitik Teil des «Establishments». Dies ist ein großer Erfolg. Trotzdem müssen diese Standards immer wieder verteidigt und neue Relativierungsversuche abgewehrt werden. Bis der letzte ultrakonservative Widerstand gegen die Rehabilitierung der «Kriegsverräter» gebrochen war, dauerte es fast vier Jahre. Und auch heute ist es ein Auftrag zur Aufklärung und eine tagespolitische Herausforderung, stetige Angriffe auf eine kritische Geschichtsdebatte in Form der Totalitarismustheorie, der Extremismusdebatte und eines wüsten Antikommunismus, die im Kern die Gleichsetzung von Rot und Braun haben, abzuwehren.

Neue Qualität der Aufarbeitung

Mit der Vorstellung der Studie «Das Amt» wurde nun von offizieller Seite eine weitere Etappe in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit begonnen[2]. Die Aussage des Autors Eckart Conze, das Auswärtige Amt wäre eine «verbrecherische Organisation» gewesen, ist in ihrer Deutlichkeit überraschend und ein Meilenstein in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung[3]. Nicht, dass die Erkenntnis neu wäre: Schon Browning, Döscher und Frei haben teils vor Jahrzehnten den verbrecherischen Charakter der «feinen Herren» des AA untersucht und veröffentlicht. Die Abwehr dieser Erkenntnis und der Unwille, die Verstrickung der damaligen Funktionseliten in den Nationalsozialismus und ihre Wiederkehr in die bundesdeutschen Entscheidungsebenen aufzuarbeiten, haben ihre Wurzeln in den fünfziger Jahren.

Strategien gegen die Schuld

Die Konservativen und die sie tragenden Eliten haben sich in anmaßend selbstverständlicher Weise nie als Täter gesehen und waren sie auch noch so tief in den Verwaltungsmassenmord an den Jüdinnen und Juden beteiligt. Wenn über Täter gesprochen wurde, gab es zwei dominierende Abwehrmechanismen: Zum einen die Reduzierung der Täter auf Hitler, Himmler und Goebbels, wie sie schon Albert Speer im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess anwandte. Demnach gab es drei Haupttäter und der Rest geriet einfach so hinein, war verführt, wurde gezwungen oder erledigte einfach nur seine Arbeit. Und noch schlimmer: Weite Teile der Justiz übernahmen diese verheerenden Argumentationsmuster. Joachim Perels hatte diese Praxis untersucht und kommt zum Schluss: «Subjekt der Tat waren nicht die Administratoren und Praktiker des Mordes, sondern Hitler, Himmler und Heydrich, die sogenannten Haupttäter. Der Polizeipräsident von Memel, der seine Polizeikräfte aus eigenem Antrieb zum Mord an den Juden abkommandiert, der Kommandeur der Einsatzgruppe 8, der die Tötung von 15.000 Juden befohlen und eigenhändig getötet hat, der Adjutant des Vernichtungslagers Auschwitz, der an Selektionen beteiligt war, den Bau neuer Gaskammern in Auftrag gab und Zyklon B beschaffte, der stellvertretende Lagerkommandant des Konzentrationslagers Majdanek, der sich an vielen Tötungen beteiligte, sie alle wurden – ungeachtet ihrer organisatorischen Verankerung in der SS – von den Gerichten der Bundesrepublik nicht als verantwortliche Täter, sondern als Gehilfen, ohne ideologische Identifikation mit dem Nationalsozialismus, eingestuft.»[4] Diese Argumentationsmuster wurden dann gerne von der großen Majorität der Bevölkerung aufgenommen, erlaubten



Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Karl Blessing Verlag, München 2010, ISBN 978-3-89667-430-2, 34,80 Euro

sie doch den Schluss: Wenn schon führende NS-Verbrecher von den Verbrechen nichts gewusst hätten, dann wusste der einfache Deutsche doch erst recht nichts davon. Diese Stimmung in der frühen Bundesrepublik wurde besonders von Adenauer, der ja selbst kein Nazi gewesen ist, gekonnt politisch befördert. Helmut Dubiel hat diese Abwehrstrategie, inklusive einer Umkehr des Opfer-Täter-Zusammenhangs pointiert beschrieben: «In der häufigen Stilisierung der Deutschen zu Hitlers Opfern, in der Deutung der nationalsozialistischen Machtübernahme als außergeschichtlichen, von niemand zu verantwortenden Einbruch in die deutsche Geschichte sowie im Abschieben aller Schuld auf Hitler zeigten sich die Spuren jener autoritären Mentalität, die auch die Fügsamkeit gegenüber dem NS-Regime bestimmt hatte.»[5] Und im Hintergrund saßen die alten Eliten, betrieben mit Nachdruck das juristische und politische Ende jeglicher Entnazifizierungsanstrengungen und beförderten diese gesellschaftliche Verdrängungsstim-mung.[6]

Die zweite Abwehrstrategie der Funktionseliten, war eine originäre, elitäre Klassenpolitik, die gerade von Adenauer und seinem Umfeld befördert wurde: Es wurde zugestanden, dass es sehr wohl üble Naziverbrecher gab, die auch zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Dies seien aber nicht die Funktionseliten, die Schreibtischtäter, die Akademiker, die Wirtschaftslenker und schon gar nicht Mitglieder der ehemaligen Wehrmachtsführung. Vielmehr wurde das Bild des proletarischen Krawall-Nazi, des Sadisten, der die Opfer auf dem Weg in die Gaskammer noch treten und quälen musste, gezeichnet. Und dieses Bild (was natürlich eine reale Entsprechung hatte) wurde gerade von denjenigen gezeichnet, die für die gesetzliche Entrechtung und formalisierte Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich waren.[7] Verbrechern wie dem Justiziar der SS, Werner Best, waren die Krawall-Antisemiten immer ein Gräuel – sie wollten planmäßig und gesetzlich organisiert die «Endlösung» durchsetzen.

Leitideologie Antikommunismus

Die zwei Abwehrstrategien (es gab natürlich weit mehr) waren wirkmächtig, weil sie breit getragen wurden, politisch eine Entsprechung fanden und mit einem religiöse Züge annehmenden Antikommunismus[8] eine Leitideologie hatten. In einem antikommunistischen, paranoiden Klima, waren die ehemaligen Funktionseliten ganz in ihrem Element und als «Experten» wieder gefragt. Zumal man bedenken muss, dass – neben dem Antisemitismus – gerade der Antikommunismus eine entscheidende Integrationswirkung bei der Einbindung elitärer Nationalisten, der Wehrmacht und sämtlicher Deutschnationalen in das Nazi-System besaß. All diese Punkte fanden dann ihr Ergebnis in der Rückkehr der alten Eliten in Amt und Würden. Und hier muss die Aufarbeitung weiter gehen. Die Kernfrage auch für die aktuelle Politik muss lauten: Wie weit wurde die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik von diesen Kreisen beschädigt? Welchen Einfluss hatten diese Kreise auf die Ausrichtung der entscheidenden Politikfelder? Wie konnte eine Gesellschaft insgesamt im Angesicht von unvorstellbaren Leichenbergen ihre Empathie den Tätern, aber nicht den Opfern zuteil werden lassen? Wie konnte es zu einer solch unglaublichen Rechtsprechung kommen? Die Rückkehr der Eliten, der Täter, in die relevanten staatlichen Stellen wurde in einem Klima vollzogen, in dem die große Mehrheit der Bevölkerung völlig unwillig war, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen. Die «Unfähigkeit zu trauern» (Mitscherlich) muss eine Linke umtreiben: Warum hat eine Mehrheit der Bevölkerung denn in diesem Umfang die «Diktatur der Menschenverachtung» getragen? Und genauso wichtig, welche Formen des Widerstandes müssen vielmehr berücksichtigt werden, um endlich die Unteilbarkeit des Widerstandes politisch durchzusetzen?

«Das Amt» bietet nun die Chance einer neuen Etappe in der Vergangenheitspolitik. Die Bundesregierung hat nach der großen öffentlichen Resonanz keine plausiblen Argumente dagegen, analog zur Außenamtsstudie auch die anderen in Frage kommenden Ministerien, Behörden und ihre Entstehung untersuchen zu lassen, wie es DIE LINKE im Bundestag in einem gerade eingebrachten Antrag fordert.[9] Um eine neue Debatte um die Vergangenheitsgeschichte anzustoßen, hat die Linksfraktion im Bundestag eine ganze Reihe weiterer Anträge und Anfragen in das Parlament eingebracht. Sie fordert beispielsweise, endlich den Widerstand und die unzähligen Opfer des kommunistischen Widerstandes anzuerkennen und den Ausschluss von Kommunistinnen und Kommunisten von den Entschädigungsleistungen für ihre erlittenen Qualen in den Konzentrationslagern in den fünfziger Jahren als Unrecht anzuerkennen[10]. Ein anderer Antrag fordert die Aufarbeitung der Geschichte des BND und die Offenlegung der Akten zum Fall Eichmann. In einer großen Anfrage, die mit einer ausführlichen Debatte im Bundestag verbunden ist, wird insgesamt die Frage des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik gestellt.

Chance für fortschrittliche Geschichtspolitik

Die aktuelle Debatte zeigt, dass Geschichte nach wie vor ein umkämpftes Feld ist. Trotz vieler Rückschritte und Niederlagen müssen dabei nicht zwangsläufig die Apologeten und Geschichtsrelativierer die Oberhand gewinnen. Es gab immer wieder Durchbrüche für eine kritische Geschichtsauffassung. Die alten Eliten haben maßgeblich das politische Klima der Bundesrepublik bis in die achtziger Jahre geprägt. Genauso taten dies aber auch linke Wissenschaftler, Initiativen und in einem nicht zu vernachlässigenden Teil ein geschichtsbewusstes Bürgertum sowie kritische Medien. Geschichtspolitischen Fortschritt gibt es aber nur durch gesellschaftlichen Druck.

erschienen in Standpunkte 36 / 2010 - STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig, www.rosalux.de

Jan Korte, 33, ist Politikwissenschaftler M.A., ehem. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied des Fraktionsvorstandes DIE LINKE. ■

1 Zur gesamten Debatte vgl.: Jan Korte/Gerd Wiegel (Hrsg.): Sichtbare Zeichen. Von der Tätergeschichte zur Opfererinnerung. Köln 2009. Sowie: Jan Korte: Unrecht kennt keinen Verrat! RLS Standpunkte 08/2008.

2 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010.

3 Siehe Eckart Conze auf www.uni-marburg.de/fb06/ng/aktuelles/news/aa-kommission

4 Joachim Perels: Recht und Autoritarismus. Beiträge zur Theorie realer Demokratie. Baden Baden 2009. S. 20.

5 Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München und Wien 1999. S. 43.

6 So war eines er ersten Gesetze der Bundesrepublik das Straffreiheitsgesetz von 1949. Auch die Rückkehr der Beamten via 131er-Regelung setzte die Rückkehr in Amt und Würden durch. Frei hat anschaulich und detailliert beschrieben, welche Massenunterstützung es für die inhaftierten Kriegsverbrecher gab. Vgl.: Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1999. Zum gesamten Komplex der Rechtsprechung und zum Fortbestehen von Teilen des «gesetzlichen Unrechts» siehe: Joachim Perels: Das juristische Erbe des ‹Dritten Reiches›. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung. Frankfurt am Main 1999.

7 Vgl. hierzu die hervorragenden Studien von Ulrich Herbert und Michael Wildt. Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989. Bonn 1996 . Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.

8 Vgl. zum gesamten Thema Antikommunismus und Vergangenheitspolitik: Jan Korte: Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik. Berlin 2009.

9 Alle Anträge sind zu finden unter www.linksfraktion.de und unter www.jankorte.de

10 Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Wolfgang Neskovic, Petra Pau u.a. «Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten gegen das NS-Regime anerkennen». Bundestagsdrucksache 17/2201.

Paris: Rassisten aus halb Europa trafen sich zum Kongress

Anti-Islam-Kongress in Paris am 18.12. 2010. Zwei Drittel der Redner entstammen einem rassistischen und/oder rechtsradikalen Spektrum; es bleibt die Frage bleibt, was das übrige Drittel dort zu suchen hatte. Vom durch die Veranstalter beanspruchten „Laizismus" waren die Inhalte meistens weit entfernt: Katholische Fundamentalisten waren ebenso willkommen wie Blut & Boden-Rassisten. Dennoch waren auch einzelne Feministinnen und Pseudo-‚Gewerkschafter' mit im Boot. Es besteht Erklärungsbedarf...!

Es geht doch nichts über einen guten gemeinsamen Feind, um unter Leuten, die sonst mutmaßlich nicht sehr viel miteinander gemeinsam hätten, etwas „Verbindendes" zu stiften. Oder was sonst hätten eine historische Feministin, einzelne Kabylen – also nordafrikanische Berber, stolz darauf, nur ja keine Araber zu sein –, rechtsradikale Fußballhooligans mit Schals vom Pariser Club PSG und ein neofaschistischer Präsidentschaftskandidat miteinander gemeinsam? Ja, zum Glück gibt es einen gemeinsamen Feind.

Dessen Bestimmung führt zu unerwarteten Annäherungen. Die Feinddefinition ist klar. Sie lautet: Die Moslems sind es, diese Bösen, die uns überfremden, „besetzen", überschwemmen, die Arbeitsplätze wegnehmen, an Kriminalität schuldig sind – und überhaupt. Wie der US-Gastredner Tom Trento von der anti-moslemischen Aktivistengruppe ‚Florida Security Council' kurz vor der Mittagspause durch den Saal donnerte: Die von ihnen ausgehende Bedrohung sei heute viel größer, sei „perfider und tödlicher" als jene, die „in seinen besten Tagen von Adolf Hitler ausging". Trento rief dazu auf, „diese Ratten, diese Ratten", also die muslimischen ‚bad guys', „zu jagen, und zwar mit Videokameras, um sie im Internet für alle sichtbar darzustellen".

Nicht jeden Tag sieht man die Obengenannten, vom Berber bis zum militanten französischen Rassisten, gemeinsam in einem Saal sitzen wie am Samstag vor Weihnachten (dem 18. Dezember 2010) im Pariser 12. Stadtbezirk; die Fußballschläger dagegen stellten eher den (beeindruckenden) Ordnerdienst der Veranstaltung. Antirassistische und Menschenrechtsgruppen hatten im Vorfeld ein Verbot der Veranstaltung als Rassistentreffen verlangt, und der sozialdemokratische Pariser Oberbürgermeister Bertrand Delanoë hatte sich dieser Forderung sogar angeschlossen. Das Innenministerium und die Polizeipräfektur antworteten ihn hingegen, aufgrund des Prinzips der Meinungsfreiheit ziehe man kein Verbot in Betracht – wache aber durch anwesende Beamte genau über die Äußerungen, die fallen würden, um bei strafwürdigen Inhalten einschreiten zu können. Die Antirassisten hielten eine Kundgebung ab, die mit 200 Teilnehmer/inne/n eher geringen Zulauf hatte.

Die britische anti-muslimische Hooligantruppe English Defence League (EDL), deren Chef Tommy Robinson als einer der Hauptredner angekündigt worden war, erschien aufgrund von Termin-Schwierigkeiten letztendlich nicht. Angeblich konnte Robinson seinen Pass nicht auffinden; den Bloc identitaire dürfte es insofern nicht gestört haben, als er befürchtet hatte, die britische Truppe könne ihm die Show stehlen, und sich ferner gegen den zu engen „chauvinistischen Nationalismus" des Briten wendet. Die französische Identitaires-Bewegung tritt eher für ein Ineinandergreifen von „lokaler Identität", „Region", „Nation" und eines weißen Europa(gedankens) ein.

Anstatt des EDL-Chefs stellte allerdings Timo Vermeulen von der ähnlich gearteten, niederländischen Dutch Defence League (DDL) seinen Verein vor. Er beschrieb in apokalyptischen Farben die moslemische Präsenz in Holland. Zum Sittengemälde gehörte nicht zuletzt auch, das angeblich „einheimische holländische Frauen mit Drogen betäubt und zur Prostitution gezwungen werden". Durch Immigranten, natürlich.

Schweine-Sandwichs vom freundlichen Faschisten

Rund 1.000 Personen aus halb Europa – zuzüglich Gastredner aus Russland und den USA - zog der „Kongress gegen die Islamisierung unserer Länder" an, der den ganzen Tag über dauerte. Verpflegt wurden die Anwesenden, die dafür 15 Euro (zehn Euro Eintritt plus fünf Euro Verpflegung) berappt hatten, mit Schweineschinken-Sandwichs und Rotwein von der rechtsradikalen Vereinigung Solidarité des Français, SDF. Diese Satellitenstruktur des Bloc identitaire, einer aktivistischen neofaschistischen Organisation, machte in den letzten Jahren durch ihre „Schweinesuppe" – la soupe au cochon – von sich reden: Es handelt sich um eine vorgebliche Armenspeisung, die sie jeden Winter Pariser Obdachlosen anbietet, aber mit einem Speiseangebot, das sowohl Moslems als auch Juden von vornherein ausschließt, jedenfalls sofern sie ihrer Religion nicht abgeschworen haben. Französische Gerichte haben diese „Provokation" verschiedentlich verboten, und der Europäische Gerichtshof bestätigte im Juni 2009, es handele es sich um einen Akt bewusster und vorsätzlicher Diskriminierung. Nichtsdestotrotz ging das Treiben auch in diesem Jahr vor wenigen Wochen schon wieder los.

SDF und der Bloc identitaire zählten zu den Hauptveranstaltern des Kongresses. Der Bloc identitaire selbst war mit seinem „Präsidentschaftskandidaten", Arnaud Gouillon, und seinem Chef Fabrice Robert als Rednern vertreten.

Der Hauptredner des Tages, Pierre Cassen von der Internetpublikation Riposte Laïque (ungefähr: Gegenschlag der Laizisten) – der sich selbst einen „aus der Linken kommenden Säkularisten" nennt, aber explizit das Bündnis mit Rechtsextremen rechtfertigt und die alleinige Konzentration der Religionskritik auf den Islam betreibt – bedankte sich an jenem Samstag mehrfach beim Bloc identitaire. „Ohne sein Organisationsvermögen hätte diese Veranstaltung unmöglich zustande kommen können", betonte er.

Auch nicht jeden Tag hört man eine frühere Wegbegleiterin von Simone de Beauvoir die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen mit ihrem Vornamen ansprechen bzw. erwähnen, um ihr zu attestieren, ihre Sprüche hätten „nichts Schockierendes". So hörte man es am Samstag aus dem Munde von Anne Zelensky, die sich auf die viel diskutierten Äußerungen der Tochter von Jean-Marie Le Pen vom 10. Dezember 2010 bezog.

Applaus für „Marine" (Le Pen)

An jenem Abend hatte die mutmaßliche künftige Chefin des Front National (FN) einen Auftritt in Lyon vor rund 300 Anhängern ihrer Partei. Bei der Stadt am Zusammenfluss von Rhône und Saone handelt es sich um eine als „ultraradikal" geltende Sektion des FN: In dieser Hochburg ihres Rivalen Bruno Gollnisch finden sich unter anderem Aktivisten der offen republikfeindlichen und antisemitischen Kleingruppe Oeuvre française, die die „Protokolle der Weisen von Zion" verbreiten. Vor einem solchen Publikum, und um auch in die Anhängerschaft ihres Konkurrenzkandidaten einzubrechen, ließ Marine Le Pen sich nicht lumpen. Am Mikrophon schrieb sie jenen, die „dauernd vom Zweiten Weltkrieg" und der Besatzung durch Nazideutschland reden wollten, ins Stammbuch, heute gebe es eine aktuelle Besatzung, um die sie sich stattdessen lieber einmal kümmern sollten. Und zwar jene Besatzung „von Teilen unseres Territoriums", die von Muslimen ausgehe, die tatsächlich oder angeblich unter freiem Himmel auf den Straßen beteten.

Solches kommt an islamischen Feiertagen ausnahmsweise in einzelnen Straßenzügen im 18. Pariser Bezirk vor, weil – aufgrund der dortigen starken räumlichen Konzentration der Einwanderer auf engem Raum – die Moscheen des Stadtteils viel zu klein sind. Alle Einwandererfeinde in Frankreich haben in den letzten Monaten ihre Aufmerksamkeit auf diese Szenen gerichtet, die auf spezialisierten Webseiten akribisch dokumentiert werden. Auch dies sei eine Besatzung, „selbst wenn sie dieses Mal ohne Panzer und Soldaten aus-

kommt“, stellte Marine Le Pen dank einer sehr speziellen Parallele zu den Jahren 1940 bis 1944 fest.

Marine Le Pen nahm an dem Kongress, der von konkurrierenden Kräften innerhalb des rassistischen Spektrums ausgerichtet worden war, selbst nicht teil – und durch ihren Ausspruch acht Tage zuvor, der einen öffentlichen Skandal auslöste, hatte sie ihm sogar ein bisschen die Show stellen wollen. Der FN rief nicht explizit zu einer Teilnahme an dem Anti-Islamisierungs-Kongress auf. Allerdings hatte der noch für wenige Wochen amtierende Alt-Parteichef Jean-Marie Le Pen sich bei einer Pressekonferenz am Freitag, den 17. Dezember 10 positiv zu dessen Inhalten geäußert und erklärt, er finde diese Veranstaltung gut und sei ansonsten pluralistisch gesonnen: „Wir haben nie behauptet, dass wir die Einzigen seien, die vor den Bedrohungen warnen.“ Marine Le Pen wiederum erklärte bei einem Fernsehinterview am Sonntag (den 19.12.10), sie habe nur deswegen nicht kommen wollen, weil sie vollauf durch den innerparteilichen Wahlkampf im Ringen um den Parteivorsitz beschäftigt sei.

„Helvetischer Asterix“ und die Panzerknacker

Sie fügte auf dem Sender LCI hinzu: „Oskar Freysinger hat eine bemerkenswerte Rede dort gehalten.“ Freysinger, Abgeordneter der Schweizerischen Volkspartei (SVP), war der wichtigste Stargast des Kongresses. Er ist es, der das eidgenössische Referendum vom November 2009 zum Minarett-Verbot und jenes vom November dieses Jahres – zur automatischen Abschiebung ausländischer Krimineller oder auch „Sozialleistungs-Missbraucher“ – maßgeblich initiiert hat. Gegen Mittag tauchte er an jenem 18. Dezember 10 mit einem stattlichen Trupp von Leibwächtern, die durch ihre Sonnenbrillen stark den Panzerknackern in Walt Disneys Comicstrips ähnelten, auf dem Kongress auf.

Oskar Freysinger selbst führte sich als „helvetischen Asterix“ in die Runde ein: Ringsum sei die Welt voll von Bedrohungen, aber seine kleine Nation widerstehe ihnen wacker. Er führte aus, „Islam und Kommunismus“ hätten beide miteinander gemeinsam, dass sie „kollektivistische Totalitarismen“ seien – in Wirklichkeit ist der Islam eine stark kaufmännisch geprägte und deswegen im Ausgang eher wirtschaftsliberale Religion –, und deswegen stünden die Linken in einer Front mit den Muslimen. Der Islam, das sei „die UdSSR plus Gott“. In Wirklichkeit sei aber das Hauptproblem, dass die moslemischen Einwanderer in Europa auf eine „geistige und spirituelle Wüste“ träfen, weil „wir“ uns „unserer eigenen Identität“ nicht mehr sicher seien. Freysinger zitierte auch historische Vorbilder von mutigen Denkern, die mundtot gemacht worden seien, und führte dazu Enoch Powell – den britischen konservativen Abgeordneten, der 1969 von sich reden machte – und sein damals publiziertes Buch ‚Rivers of Blood‘ an. Thema des seinerzeit skandalumwitterten Buches waren die Einwanderung und finstere Prognosen des Autors rund um dieses Thema. „Ströme von Blut“: Wirklich, eine einladende Lektüre... Oskar Freysinger zitierte ferner Thilo Sarrazin und sein Buch, das auf angeblich couragierte Weise die „Religion des Multikulturalismus“ angegriffen habe.

Erwähnung finden sollte auch noch die Rede von René Stadkewitz (ex-CDU, Partei ‚Die Freiheit‘ aus Berlin). Er wetterte über „verordneten Kulturverfall“ und gegen „etablierte Politiker“, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien – was er selbst natürlich nicht tut.



Freysinger (Mitte) mit Bodyguard auf dem Kongress

Fabrice Robert: Es geht um Blut & Boden, pardon: „fleischliche Identität“

Der Name der abwesenden Marine Le Pen wurde mehrfach mit Applaus bedacht, unter anderem anlässlich der Ausführungen von Anne Zelensky. Sie rechtfertigte die Allianz mit den Rechtsextremen (da „mein früheres Lager“ ihr vorwerfe, „mit den ‚Identitaires‘ anzubändeln“): Die Linke habe den Laizismus nach ihrem Geschmack verraten, und heute sei sie mitunter mit „der Rechte(n) und zum Teil der extremen Rechte(n)“ einverstanden. Denn diese habe erkannt, dass „nicht alle Kulturen (oder im Originalton: ‚civilisations‘) denselben Wert haben“, sondern die abendländische aufgrund der Stellung der Frau überlegen sei.

Als einzige Rednerin wurde die historische Feministin Anne Zelensky gegen 17 Uhr durch eine Mehrheit des Publikums ausgepfiffen, als sie erwähnte, wie sie im Jahr 1970 am Kampf um die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen teilnahm. Und als einzige Rednerin wurde sie bei der Abschlussrede von Pierre Cassen mit kritischen Worten bedacht (die Sache mit der Abtreibung bilde doch offenkundig noch ein Problem). Nicht etwa der Chef des Bloc identitaire, Fabrice Robert, der in seinem Wortbeitrag mal eben Religionsfrage und Aufklärungsdenken – auf welch Letzteres Anne Z. sich ausdrücklich bezogen hatte – kurzerhand zur unwichtigen Nebensache erklärt hatte: „Die europäischen Völker sind laut einem Buch von Dominique Venner“, eines prominenten neofaschistischen Autors und Vordenkers der ‚Nouvelle Droite‘ („Neuen Rechten“ unter Alain de Benoist in den 1970er Jahren), „30.000 Jahre alt. Das Christentum hat nur zwei Jahrtausende, die Renaissance fünf Jahrhunderte und die Aufklärung 200 Jahre.“

In Wirklichkeit gehe es darum, „das zu verteidigen, was unsere Identität ausmacht“, und das sind für den Bloc identitaire – er schrieb es auch in zahllosen Texten nieder – , so wörtlich, „unsere fleischlichen Solidaritätsbande“ (nos solidarités charnelles). Nimmt man Fabrice Roberts Worte nur halbwegs ernst, dann ging es ihm dabei eben nicht um Laizismus, Aufklärung und nicht einmal um das Christentum, sondern schlichtweg um Blut & Boden. Aber sei's drum: Darauf kam es nicht, und die „laizistisch-republikanische“ Prominenz auf dem Podium wie Christine Tasin applaudierte dem Redner heftig (wie auch auf allen Aufnahmen zu sehen ist). Bei ihm ertönten keine Pfiffe, wie zuvor bei der zweifellos politisch verwirrten Altfeministin Anne Zelensky.

Weit, sehr weit vom Laizismus entfernt!

Denn ganz so eng sehen viele der Anwesenden die Sache mit dem Laizismus nicht, der für einen Gutteil von ihnen vor allem einen bequemen Vorwand darstellen dürfte, um auf die Moslems im Besonderen und Einwanderer im Allgemeinen einzuprügeln. Als „Stargast“ war – vorab durchgesickerten Informationen von *Le Monde* zufolge – der Bürgermeister der Pariser Vorstadt Montfermeil vorgesehen, Xavier Lemoine. Nun ist dieser zwar ein fanatischer Kreuzzügler gegen den Islam und für das Abendland, aber wahrlich kein Verfechter des Laizismus. Ganz im Gegenteil. Der Rechtskatholik, der am Rande der konservativen Einheitspartei UMP steht, ist unter anderem Abtreibungsgegner und in gewissem Grade auch ein Nostalgiker des Vichy-Regimes.

Auf den Plakaten offiziell angekündigt war unterdessen auch noch die Teilnahme von Christian Vanneste, konservativer Rechtsaußen-Abgeordneter aus der Nähe von Lille. Er ist der erste französische Prominente, der nach dem neuen Strafgesetz gegen Homophobie wegen schwulenfeindlicher Sprüche verurteilt worden ist, auch wenn das Urteil im vorigen Jahr durch den Obersten Gerichtshof aufgehoben wurde. Solche Figuren haben mit Laizismus schlichtweg nichts zu tun. Letztendlich erschienen aber weder Lemoine noch Vanneste zum Kongress. Die Parteiführung der UMP habe die Schraube angezogen und ihnen ein Erscheinen dort verboten, greinten die Veranstalter.

Schlussendlich hatten die Organisatoren also den Brückenschlag zur konservativen Regierungspartei UMP (obwohl erwünscht) nicht geschafft. Obwohl sich unter ihnen, vor allem in den Reihen der ‚Ri-

➔

Zäune um EU-Europa

Aufgrund des Drucks der Europäischen Union beginnt Griechenland damit, sich gegenüber der Türkei noch stärker abzuschotten. Es ist geplant, einen zwölfeinhalb Kilometer langen und drei Meter hohen Zaun entlang des Grenzflusses Evros bei der Stadt Orestiada zu errichten, um die dortige EU-Außengrenze für Flüchtlinge undurchdringbar zu machen. Vorbild hierfür ist die Abschottung der USA an der mexikanischen Grenze.

Ursprünglich hatte der griechische Heimatschutzminister Papoutsis den Bau eines Zauns über die kompletten 200 Grenzkilometer angekündigt. Der Rest der Grenze läuft entlang des Flusses, der so eine natürliche Barriere bildet. Die Reduzierung auf jenen »neuralgischen Punkt« zwischen den Grenzorten Orestidia und Eridine ist also bloß ein rhetorisches Zugeständnis.

Der Rechtsexperte der Menschenrechtsorganisation Amnesty International Wolfgang Grenz betonte daher zu Recht, die Europäische Union schotte sich als »Insel der Reichen« gegenüber Menschen ab, die vor Verfolgung oder krasser Armut fliehen. Europa stelle sich damit selbst »ein Armutszeugnis« aus. Der Plan verstoße gegen menschenrechtliche Prinzipien. Auch aus Griechenland selbst war Kritik an den Plänen laut geworden.

Seit Jahren bietet Griechenland den Schutzsuchenden kein angemessenes, internationalen Standards entsprechendes Asylverfahren. Lediglich ein Prozent der Schutzsuchenden werden anerkannt. Die deutsche Hilfe für das griechische Asylsystem beschränkt sich auf Schulung und Information für griechische Behördenmitarbeiter. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat die Bundesregierung mit Berichten des Anti-Folter-Komitees des Europarates, des UN-Sondergesandten zur Überwachung der Konvention gegen Folter, erniedrigende Behandlung und Strafe sowie von Pro Asyl konfrontiert. Die Regierung weigert sich, dazu inhaltlich Stellung zu nehmen.

Mehr Unterstützung bekommt Griechenland für seine Abschottungsmaßnahmen. Die EU-Kommission hat zunächst nur zurückhaltend auf die Ankündigung von Papoutsis reagiert – wohl, weil sie eine Belastung im Verhältnis zur Türkei befürchtet. Unzweifelhaft ist, dass Griechenland für den Ausbau seiner Grenzkontrollen umfassende finanzielle Unterstützung aus dem finanziellen Rahmenprogramm »Solidarität und Steuerung der Migrationsströme« erhält, allein 46,6 Millionen Euro im Jahr 2010. Mit diesem Programm werden in erster Linie Maßnahmen gefördert, die einem verbesserten »Grenzmanagement« – sprich einer effizienteren Abschottung – dienen. Weitere Unterstützung leistet die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX, die mit 200 Mann in der Region um Orestidia aktiv ist – darunter 40 deutsche Polizisten nebst Einsatzmaterial und Fahrzeugen. Auch deren Kritik am Vorgehen der griechischen Kollegen wird von der Bundesregierung nicht weiter kommentiert.

Flüchtlinge werden durch diese Abschottungsmaßnahmen immer wieder gezwungen, neue Routen in Richtung Europa zu wählen. Mittelmeer und Atlantik, einst tödliche Endstationen für tausende Flüchtlinge pro Jahr, sind mittlerweile zu effizient überwacht, um noch die Überfahrt zu wagen. Deshalb hat sich die Migration weitgehend auf die Landroute über die Türkei verlagert. Wenn die griechische Regierung einen Zaun baut, werden die Migranten einen neuen Weg suchen. Wie hoch der Blutzoll dann sein wird, ist noch nicht absehbar.

Ulla Jelpke, erschienen in Neues Deutschland, 7.2.2011 ■

➛ Fortsetzung Rassistenkongress Paris:

poste Laïque'-Vorfeldorganisation ,Résistance Républicaine', auch Aktivisten des rechten UMP-Flügels wie Gérard Brazon tummeln. Letzterer, ein Kommunalparlamentarier aus dem westlichen Pariser Umland, zählt zu den aktivsten Vertretern des hinter dem Kongress stehenden Bündnisspektrums.

Thatcheristen und Pseudo-Gewerkschafter

Ansonsten ging es vor allem um die „Kosten der Einwanderung", die der Unternehmensberater und Thatcherist Jean-Paul Gourevitch in Zahlenkolonnen vorstellte – angeblich kosten die Zuwanderer den Franzosen „38 Milliarden Euro" pro Jahr, eine Zahl, die er freilich durch nichts rechtfertigte.

Jacques Philarchein, „Gewerkschafter" und in Wirklichkeit ein rechtsradikales U-Boot im Gewerkschaftsverband ,Force Ouvrière' (FO) – er hält Vorträge in neofaschistischen Veranstaltungslokalen über „ein nationales Gewerkschaftswesen", wie am 28. Oktober 2010 in einer rechtsradikalen Gaststätte im 15. Pariser Bezirk – hielt „der Linken" vor, sie verrate „die wirklichen Armen". Dies seien „die Einheimischen", die einer Arbeit nachgingen, während die Zuwanderer „falsche Arme" seien. Lebten sie doch durch Sozialleistungen und Kriminalität in Wirklichkeit ganz gut.

Applaus erhielt auch der Schriftsteller Renaud Camus; eines seiner Bücher (,La campagne de France') musste im April 2000 durch den Verleger, Fayard, aufgrund antisemitischer Passagen zurückgezogen werden. Am 18.12.2010 in Paris führte Camus aus, die Präsenz von Zuwanderern in Frankreich sei Teil eines „großen Plans zum Bevölkerungsaustausch" durch die Herrschenden. Hätten diese sich doch die – seinerzeit sarkastische – Aufforderung Bertold Brechts, sie mögen sich doch „ein neues Volk wählen", zu Herzen genommen. Im Übrigen habe man es bei Straftätern migrantischer Herkunft „nicht mit Ganoven zu tun, sondern mit Soldaten". Sei doch die „unerträgliche Unsicherheit" Teil einer Kriegsführung, die auf Vertreibung der weißen „Eingeborenen" abziele.

Nebenthema: Nationalismus versus Europäische Union

Ein zweites Thema, neben den Obsessionen bezüglich Einwanderung und Muslimen, beschäftigte viele Redner unterdessen auch: Die Unterdrückung der europäischen Nation durch die Union in Brüssel und die Einheitswährung Euro. Die Existenz des Euro wurde der Europäischen Union am 18. Dezember 2010 – neben ihren Rahmen-Richtlinien für ein Anti-Rassismus-Strafrecht in ihren Mitgliedsländern (über welche etwa die österreichische Anti-Moslem-Eiferin aus dem Umfeld der FPÖ, Elisabeth Wolff, wortreich jammerte) – heftig vorgeworfen. So erhielt der Däne Anders Gravers von ,Stop the islamisation of Europe' heftigen Applaus, als er die Union der Unterdrückung der europäischen Völker zieh. Unter anderem mit den Worten: ,The biggest totalarian projet is the European Union', nachdem er zuvor behauptet hatte, Kommunismus und Islam seien angebliche „totalitäre" Brüder im Geiste.

Pierre Cassen und Christine Tasin von ,Riposte Laïque', respektive ihrer Vorfeldorganisation ,Résistance Républicaine' (welcher u.a. auch der rechtsradikale Pseudo-Gewerkschafter Jacques Philarcheïn als Regionalverantwortlicher angehört), deren politischer Standort ungefähr als autoritärer National-Republikanismus charakterisiert werden kann, sprachen sich für eine rasche Rückkehr zum französischen Franc aus.

Tasin erklärte, sie sei „Republikanerin und Legalistin", doch falls im Wahljahr 2012 kein grundlegender Wandel vollzogen werde, dann drohe eine Revolution – ihrer Auffassung nach braucht es in dem Falle eine solche, aber von rechts. „Das französische Volk könnte dann auf die Strabe gehen, um sich die Macht zurückzuholen." Angestrebt wird offenkundig eine rechte „Rebellen"bewegung, ähnlich bzw. grob vergleichbar der Tea Party in den USA.

Bernhard Schmid, Paris ■

Keine Lockerung der Residenzpflicht

Eine länderübergreifende Lockerung der Residenzpflicht zwischen den Bundesländern Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern wird es wohl nicht geben. Aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Landtagsfraktion DIE LINKE in Schleswig-Holstein ergibt sich, dass alle drei Länder sich aus fachlichen und unterschiedlichen praktischen Erwägungen gegen eine länderübergreifende Lockerung räumlicher Beschränkungen ausgesprochen haben. Am 25. August hatte der schleswig-holsteinische Justizminister Schmalfuß eine Liberalisierung der Erlasslage angekündigt.

Quelle: Newsletter PRO ASYL Dezember 2010 ■

Europarat fordert Abschiebestopp für Kosovo-Flüchtlinge

STRASSBURG. Der Europarat hat Deutschland vor Zwangsabschiebungen von Flüchtlingen in den Kosovo gewarnt. Angesichts der dortigen sozialen und politischen Lage sei es nicht angebracht, diskriminierte Bevölkerungsgruppen wie Roma dorthin abzuschieben, schrieb der Menschenrechtskommissar des Europarates, Thomas Hammarberg, in einem Brief an Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Vor allem Minderheiten wie Roma würden im Kosovo diskriminiert, ausgegrenzt und müssten um ihre Sicherheit fürchten.

In Deutschland leben nach Angaben der Bundesregierung derzeit rund 14.000 ausreisepflichtige Menschen aus dem Kosovo, darunter fast 10.000 Roma. Ein Großteil lebt seit über zehn Jahren in Deutschland. *romale@zahav.net.il* ■

Abschiebung durch Ausländerbehörde Uelzen

NIEDERSACHSEN. Am 13.12.2010 hat die Ausländerbehörde Uelzen die Abschiebung von Fatima A. und ihren beiden Kindern, die in Deutschland geboren sind, durchgeführt. Die Abschiebung erfolgte, obwohl Frau A. mit ihren Kindern Schutz vor der Gewalt ihres Mannes in einem Frauenhaus gesucht hatte. Fatima A. war als 17-Jährige von ihrer Familie nach Deutschland gebracht worden, um gegen ihren Willen verheiratet zu werden. Obwohl sie den Behörden gegenüber ihre schwierige Geschichte offen gemacht hatte, fand dies keine Berücksichtigung, und sie erhielt keine angemessene Unterstützung. Fatima A. wurde bereits am 12.12.2010 von der Polizei aus dem Frauenhaus heraus in Gewahrsam genommen. Am 13.12.2010 wurde das Frauenhaus von Polizei umstellt, um auch die Kinder zur Mutter zu bringen, um sie dann abzuschieben. Obwohl die Polizei und der BGS von dem eingereichten Asylfolgeantrag in Kenntnis gesetzt worden waren, wurde die Abschiebung weiter verfolgt und durchgesetzt. Es waren keine Schritte zum Schutz von Frau A. bei Ankunft in der Türkei von der Ausländerbehörde in irgendeiner Weise vorbereitet worden.

Wir protestieren gegen dieses Vorgehen der Ausländerbehörde und fordern die Rückkehr von Fatima A. und ihren Kindern in die BRD.

Quelle: Protestschreiben ZIF- Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser Kassel ■

Europa muss zu Schutzraum für Migranten werden

BERLIN. „Die Lage der Migrantinnen und Migranten, die in Europa Schutz suchen, ist alarmierend", heißt es in einer Charta, die rund 60 Teilnehmer aus Europa und Nordamerika bei einem Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche in Berlin verabschiedet haben. Die „Charta der neuen Sanctuary Bewegung" verweist darauf, dass viele tausend Menschen bereits der Versuch, bei uns Schutz zu finden, das Leben gekostet habe.

„Unser Kontinent hat sich zu einer Festung entwickelt, mit der Menschen abgewehrt werden, die vor politischer, ethnischer oder religiöser Verfolgung, vor Krieg oder Bürgerkrieg, vor Umweltzerstörung, Hunger und Armut fliehen." Auch werde durch die Militarisierung der Außengrenzen sowie durch nahezu unerfüllbare Aufnahmebedingungen und abschreckende Lebensbedingungen im Inneren die Abwehr von Flüchtlingen „fortwährend perfektioniert". Obwohl Europa erheblich zu den Ursachen von Flucht und Migration beitrage – etwa durch Waffenlieferungen in Krisengebiete und Unterstützung von menschenrechtsverletzenden Regimen – sei der Beitrag zur Lösung „beschämend gering". Stattdessen dominiere die „Praxis der Wohlstandssicherung um jeden Preis". Damit verrate Europa seine besten humanitären Traditionen, sein Bekenntnis zur Universalität von Menschenrechten, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, heißt es in der Charta weiter.

Die Teilnehmer bekräftigten, dass sie bereit seien, Flüchtlinge dort, wo rechtsstaatliche Möglichkeiten scheinbar erschöpft seien, in Gemeinden aufzunehmen und durch das Kirchenasyl zu schützen. *Quelle: jrs-newsletter 16.12.2010* ■

Tour der tausend Brücken

MÜNCHEN. In enger Zusammenarbeit mit PRO ASYL beginnt der Liedermacher Heinz Ratz am 6. Januar 2011 in München die dritte Etappe eines „moralischen Triathlons": 7.000 km will er mit dem Rad zurücklegen, 70 Konzerte in



ebenso vielen Städten spielen. Die „Tour der tausend Brücken" steht für Ratz wichtigstes Anliegen: gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Wo landen eigentlich Flüchtlinge, die es bis nach Deutschland geschafft haben? Wie leben sie? Um über die Situation von Flüchtlingen aufzuklären, wird Ratz auf seiner Tour zahlreiche Flüchtlingslager besuchen und mit Pressekonferenzen vor Ort und im Rahmen der Konzerte auf die Lebenssituation der dort lebenden Menschen aufmerksam machen. Etwa 40.000 Menschen in Deutschland werden gezwungen, in Lagern zu leben. Das bedeutet zumeist: Leben auf engstem Raum, kein Privatleben, Anwesenheitskontrollen, Lebensmittelpakete, eingeschränkte Bewegungsfreiheit.

Viele Menschen wissen kaum, was das für die Betroffenen bedeutet. Gibt es Unterkünfte in meiner Nähe? Was kann ich persönlich tun? Heinz Ratz möchte mit seiner Tour Aufmerksamkeit schaffen und Kontakte herstellen zwischen den Menschen vor Ort.

Für die Tour hat Ratz die Unterstützung vieler Kollegen. Mit dabei sind zum Beispiel Dota – die Kleingeldprinzessin, Götz Widmann und viele mehr. Während der Konzerte werden Spenden für die Arbeit von PRO ASYL, die Flüchtlingsräte und die Arbeit vor Ort gesammelt.

Eine sportliche Leistung bei eisigen Temperaturen. Mehr Informationen zu den Etappen und den Konzerten gibt's auf www.1000bruecken.de, die Termine zudem im Anhang dieses Schreibens.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL vom 3. Januar 2010 ■

Diskriminierung von Muslimen am Arbeitsmarkt

Das Europäische Forum für Migrationsstudien (efms) an der Uni Bamberg veröffentlichte im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) eine Studie zur Diskriminierung von Muslimen am Arbeitsmarkt. Die Studie mit dem Titel „Diskriminierung aufgrund der

islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben – Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen“ wurde Anfang November auf der Seite der ADS veröffentlicht und attestiert Deutschland eine unterentwickelte empirische Diskriminierungsforschung, die viele Fragen offen lässt und nur in Einzelfällen beweisen kann, dass Muslime auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierung ausgesetzt sind. Der Nachweis von Diskriminierung wird zusätzlich erschwert durch die Verflechtung verschiedener Diskriminierungsgründe, angefangen bei Religion, ethnischer Herkunft, bis hin zum Geschlecht oder auch Alter und sozialem Status. Einige Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Arbeitgeber negative Kundenreaktionen und innerbetriebliche Konflikte befürchten und dies zu ökonomischen Einbußen führen könne. Doch findet die Studie auch Belege für Arbeitsmarktbarrieren, die speziell Menschen islamischen Glaubens, besonders Frauen mit Kopftuch, benachteiligen. Rechtliche Benachteiligung,wie die landesrechtlichen Kopftuchverbote, die Kirchenklausel im AGG oder interne Regelungen am Arbeitsplatz, die die Einhaltung religiöser Gebote erschwert oder verhindert, sind weitere Hindernisse, die erforscht werden müssten. Außerdem scheine das fest verankerte negative Islambild, von Rückständigkeit, Frauenfeindlichkeit, Gewaltneigung und einer allgemeinen Inkompatibilität mit westlichen Werten Einfluss zu nehmen.

Die Studie empfiehlt keine speziell auf Menschen muslimischen Glaubens zugeschnittenen Maßnahmen.Vielmehr solle man allgemeine Antidiskriminierungsmechanismen entwickeln, die Muslime mit einschließen: Rechtlicher Diskriminierungsschutz, Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen und betriebliche Diversity-Strategien. Beim Zugang zum Arbeitsmarkt müssten neue Rekrutierungswege und Bewerbungsmechanismen entwickelt und erprobt werden.

Quelle: Publikation „Forum Migration Januar 2011“ ■

Abschiebetragödie zerstört Familie und treibt jungen Roma zum Suizidversuch

HAMBURG. Am 2. Dezember 2010, einige Tage vor den geplanten Abschiebungen am 7. und 9. Dezember nach Kosovo und Serbien, versucht sich der 22-jährige Miroslav R. in seiner Zelle zu erhängen. Er saß in der JVA Billwerder in Hamburg in Abschiebehaft und befürchtete seine Abschiebung. Der Hintergrund dieses Vorfalls liegt aber viel weiter zurück.

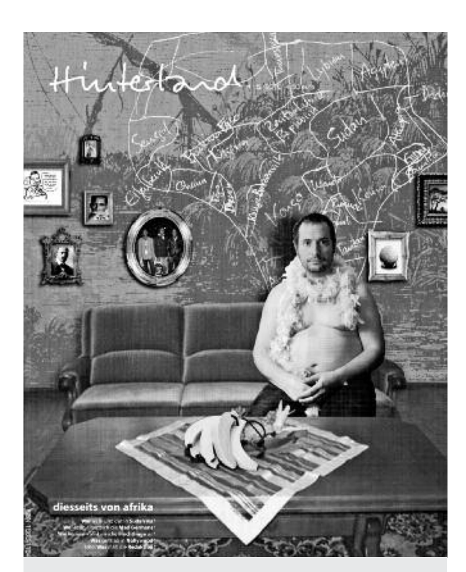
Im Jahr 1992 beantragt seine Familie erstmalig Asyl in Hamburg. Als der Antrag abgelehnt wird taucht die Familie unter und versucht Monate später es erneut unter einem falschen Namen. Auch dieser Antrag wird abgelehnt, die Familie lebt aber noch jahrelang geduldet in Syke in Niedersachsen. Die Lebensbedingungen sind erbärmlich. Die Familie lebt mit anderen Flüchtlingen in einem ehemaligen Gasthaus. Das Dach ist undicht, die Wände Feucht und durchlöchert. Es gibt dort Ratten und die Familie teilt sich ein Badezimmer mit sechs anderen Familien. Miroslavs Vater Milos protestiert gegen die elenden Bedingungen, bittet mehrfach um eine Erlaubnis, sich Arbeit und eine andere Wohnung nehmen zu dürfen. Ohne Erfolg.

Irgendwann erfährt die Ausländerbehörde von den falschen Namen und klärt die Identität der Familie. Es droht die schnelle Abschiebung nach Serbien. Vor lauter Verzweiflung geht der Vater zum Rathaus, übergießt sich mit Benzin und zündet sich selbst an. Einen Tag später, am 16. November 2002 stirbt der nur 34-Jährige im Krankenhaus an seinen Verletzungen und hinterlässt seine Frau mit fünf Kindern. Die Behörde hält trotzdem an den Abschiebeplänen für die Familie fest. Die Witwe und ihre Kinder werden 2004 nach Serbien abgeschoben. Miroslav ist damals das älteste der Kinder und 16 Jahre alt.

In Serbien können die Kinder nicht weiter zur Schule gehen, leben mit ihrer Mutter in extremer Armut und rassistischer Ausgrenzung. Medizinische Versorgung muss hier von ihnen aus eigener Tasche bezahlt werden. Ende 2010 werden bei Miroslavs Mutter Tumore entdeckt. Miroslav beschließt heimlich wieder nach Deutschland einzureisen. Er findet Unterschlupf bei einer Tante in Hamburg wird aber am 16. November von der Polizei bei Kontrollen entdeckt und in Abschiebehaft gesteckt. Sein Antrag auf Asyl wird schnell abgelehnt. Er soll abgeschoben werden …

Momentan befindet sich Miroslav in psychiatrischer Behandlung aber ihm droht weiterhin die Abschiebung.

Quelle: Projekt Roma Center Göttingen e.V. – 13.12.2010 ■



Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge muss erhalten bleiben

SCHLESWIG-HOLSTEIN. In einer gemeinsamen Presseerklärung von Diakonisches Werk Schleswig-Holstein, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. und Landesbeauftragter für Flüchtlinge Schleswig-Holstein vom 25.11.2010 protestieren diese gegen die Sparpläne der Landesregierung von Schleswig-Holstein.

In Schleswig-Holstein ist aufgrund der geplanten Einsparungen im Landeshaushalt die psychotherapeutische Behandlung traumatisierter Flüchtlinge gefährdet. „Damit würde bei uns in Schleswig-Holstein die fachliche Betreuung von Menschen, die besonders schwere Schicksale erlebt haben, entfallen“, erklärte Pastorin Anke Schimmer, Vorstandsmitglied des Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein in Rendsburg. Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und dem Landesbeauftragten für Flüchtlingsfragen fordert das Diakonische Werk eine eigene Anlaufstelle für traumatisierte Flüchtlinge zu erhalten. Nachdem „Refugio“ in Kiel als „Zentrum für Behandlung und Psychotherapie von Folter-, Flucht- und Gewaltopfern“ kürzlich Insolvenz angemeldet hat, soll der Haushaltstitel „Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen“ entfallen. „Ein indiskutables Vorgehen“, erklärte Wulf Jöhnk, Flüchtlingsbeauftragter des Landes, „denn die Landesmittel für die Migrations-Sozialberatungsstellen im ganzen Land werden in den kommenden beiden Jahren ohnehin gekürzt“.

Martin Link betonte für den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: „Von den 3.600 Flüchtlingen in Schleswig-Holstein, die entweder geduldet sind oder deren Asylverfahren noch laufen, ist min-

destens jeder Vierte traumatisiert und benötigt dringend fachliche Hilfe. Bisher hat Refugio mit erheblichen Anstrengungen einen Teil dieser Arbeit leisten können. Die traumatisierten Flüchtlinge brauchen weiterhin eine eigene Anlaufstelle mit ausgebildeten Experten für diese Arbeit.“ *Quelle: http://www.frsh.de* ■

Gedenkproteste für Oury Jalloh in Dessau

Demonstration an Oury Jallohs 6. Todestag in Dessau, ab 14 Uhr HBF Dessau. Mahnwache am 12.1.2011 ab 9 Uhr zu Prozessbeginn der Revision vor dem Landgericht Magdeburg, Halberstädter Str. 8

Die VOICE-Flüchtlingskonferenz, die im Dezember 2010 in Jena stattgefunden hat, verabschiedete einen Appell an alle, sich uns anzuschließen in der Verurteilung des rassistischen Systems und die Öffentlichkeit über die Tode und die Misshandlungen von Flüchtlingen und MigrantInnen zu informieren sowie die verschiedenen Kampagnen miteinander und dem Fall Oury Jalloh zu verbinden. Der Kampf um Gerechtigkeit im Fall Oury Jalloh wird fortgesetzt, auch wenn wir keinerlei Wahrheit vom Gerichtsprozess erwarten, der nächste Woche in Magdeburg beginnt. Wir fordern die deutsche Rechtsprechung auf, eine gründliche Untersuchung des Falles durchzuführen und die rassistischen Polizeimörder Oury Jallohs festzustellen oder sich den Konsequenzen des organisierten Polizeiverbrechens der rassistischen Institutionen und Behörden zu stellen. Wir fordern eine unabhängige Kommission zur Untersuchung des Mordes an Oury Jalloh in der Polizeizelle in Dessau.Wir werden den Fall sehr kritisch verfolgen und fordern immer noch Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung der Familie von Oury Jalloh. Wir fordern: Break the Silence! Wahrheit! Gerechtigkeit! Entschädigung!

The VOICE Refugee Forum
Januar 2011 ■



Karawane Bamako-Dakar für Bewegungsfreiheit und selbstbestimmte Entwicklung

Vom 6. bis 11. Februar 2011 findet in Dakar – der Hauptstadt Senegals – das 11. Weltsozialforum statt. Das ist der Grund, weshalb ab Mitte Januar 2011 von unterschiedlichen Orten in Afrika Bus- und Autokarawanen nach Dakar aufbrechen werden.

Eine dieser Karawanen ist die „Bamako-Dakar-Karawane für Bewegungsfreiheit und selbstbestimmte Entwicklung“, zu der 200 bis 400 AktivistInnen erwarten werden, überwiegend aus (west-)afrikanischen Ländern. Geplant sind mehrere Aktionen, unter anderem gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex und illegale Abschiebungen von Mauretanien nach Mali. Zudem sollen an den einzelnen Stationen der Karawane politische Versammlungen mit der lokalen Bevölkerung stattfinden: Einerseits zu den Hintergründen von Flucht und Migration, exemplarisch erwähnt seien die Zerstörung kleinbäuerlicher Landwirtschaft sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf (West-)Afrika. Andererseits zur Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen – ob in den Transitländern oder in der EU. Der genaue Zuschnitt dieser Versammlungen wird von AktivistInnen der AME zusammen mit den lokalen Vorbereitungskomitees ausgearbeitet – nicht zuletzt unter Berücksichtigung der je spezifischen Interessenlagen (so wird es im senegalesischen Kaolack eine Versammlung zu afrikanischem Feminismus und Migration geben). Die Karawane wird in erster Linie von westafrikanischen Basisinitiativen getragen, die Gesamtkoordination liegt bei der AME, der in Bamako verankerten Assoziation der Abgeschobenen Malis/Association Malienne des Expulsés. Aus Europa sind ebenfalls mehrere Gruppen und Netzwerke an der Organisation der Karawane beteiligt. Der in Europa lebende Teil unseres Netzwerk wird mit ca. 40 bis 50 Leuten dabei sein, zudem planen wir, die Karawane im Vorfeld, währenddessen und danach mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten.

Treffpunkt für die Bamako-Dakar-Karawane ist der 26. Januar 2011. An diesem Tag werden in Bamako weitere Karawanen eintreffen – unter anderem eine am 15. Januar in Yaounde/Kamerun gestartete Karawane. Ab dem 27. Januar werden wir sodann in 9 Tagesetappen per Bus die 1200 Kilometer lange Strecke nach Dakar zurücklegen – mit Stops sowohl in Mali als auch Senegal. Am 5. Februar ist die Teilnahme an der Globalen Charta der MigrantInnen geplant - einem von selbstorganisierten MigrantInnengruppen in Marokko initiierten Strategie-Kongress auf der vor Dakar gelegenen Insel Gorée. Vom 6. bis 11. Februar steht das Weltsozialforum auf dem Programm – unter anderem Veranstaltungen, die Afrique-Europe-Interact zusammen mit mit weiteren Bündnis- bzw. Kooperationspartnern durchführen wird. Schließlich soll am 12. Februar die Rückfahrt nach Bamako angetreten werden, wobei etliche der in Europa lebenden AktivistInnen unseres Netzwerks bereits von Dakar aus zurück reisen werden.

Quelle und weitere Informationen auf: afrique-europe-interact.net. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Pro D-Mark – gegen Euro

Junge Freiheit Nr. 51/10 vom 17. Dezember 2010

Die Euro-Krise lässt das Blatt hoffen, die verhasste internationale Währung wieder los zu werden. Chefredakteur Dieter Stein behauptet: „Auch wenn wir uns gegen die Rückkehr des Politischen sträuben: Wir werden durch Realitäten dazu verdammt, in nationalen Kategorien zu handeln. Es sei denn, wir wollten uns aufgeben. Die Schimäre einer einheitlichen europäischen Währungspolitik kommt an ihr Ende.“ Mit den sozialen Folgen einer Aufhebung der Währungsunion befasst sich das Blatt nicht, wohl aber mit der angeblichen Gefährdung derPrivatrenten.

Die Hartz-IV-Debatte bewegt das Blatt zum einen zu altbekannten Tiraden gegen Einwanderer, führt es aber auch zur Feststellung: „Die Krise der Sozialsysteme ist auch, aber keineswegs in erster Linie eine Folge falscher Einwanderungspolitik. Der Schlüssel zur Sozialreform liegt im dringend notwendigen Paradigmenwechsel, den sowohl die Politik als auch die Bürger vollziehen müssen. Weg vom Ruf nach Vater Staat als Helfer in allen Lebenslagen, weg von der lähmenden und unwürdigen Entmündigung durch übermächtige Betreuungs- und Umverteilungsapparate: Das Umdenken beginnt mit der Erkenntnis, dass die wahren Schmarotzer nicht bei den Hilfeempfängern, sondern bei den Profiteuren der Sozialindustrie zu suchen sind. Es gelingt, wenn Freiheit und Eigenverantwortung des Menschen als Grundlage seiner Würde anerkannt werden. Das verlangt, dass der Staat sich zurücknimmt, Einmischung und Umverteilung auf diejenigen beschränkt, die sich nicht aus eigener Kraft helfen können, und dabei klare und feste Grenzen zieht und auch einhält.“ Solidarität ist ein Fremdwort für das Blatt. Mit dem Standpunkt sollte das Blatt die FDP viel mehr unterstützen.

Weihnacht in Afghanistan

Junge Freiheit Nr. 52/10-1/11 vom 24. Dezember 2010

Nachdem der Afghanistan-Krieg jahrelang in der Kritik des Blattes war, stellt es nun seine Kameraderie mit den dort stationierten Bundeswehrsoldaten zur Schau. In der Jahresschau 2010 werden die Namen der getöteten Soldaten veröffentlicht. Das Hauptinterview ist dem Afghanistan-Einsatz gewidmet. Gefunden für das Interview hat sich der Militärpfarrer Ulrich Kronenberg, der „den Einsatz seelsorgerisch betreut.“ Kronenberg lobt das Kriegführen. Auf die Feststellung: „Sie sagen, man kommt als anderer Mensch aus dem Einsatz zurück.“ Antwortet er: „Ja, denn man sieht dort Dinge, denen man hier nicht so begegnet, und man erlebt eine Gemeinschaft, wie man sie hier in der Heimat nicht kennt – das prägt. Als Soldat im Einsatz lebt man viel intensiver zusammen und ist viel mehr auf seine Kameraden und seinen Auftrag konzentriert, als das zu Hause möglich ist. Nervende Alltagssorgen wie: „Steht mein Nachbar schon wieder auf meinem Parkplatz?“ spielen dort keine Rolle. Alles ist reduziert auf das Wesentliche und dadurch gewinnt das, was übrigbleibt, eine ganz andere Bedeutung.“

Zivile Tote, tote Soldaten – was ist das Wesentliche nach Kronenbergs Auffassung? Brauchen wir jetzt mehr Kriege, weil der Einsatz so intensiv ist? Die Angst bestimmt auch.

Die parlamentarische Demokratie – eine Schmierenkomödie?

Junge Freiheit Nr. 2/2011 vom 7. Januar 2011

„Auch 2011 werden Wahlen nichts ändern, sonst wären sie verboten“ titelt das Blatt. Blattautor Thorsten Hinz behauptet, Wahlen brächten nichts: „In diesem Sinne wird das angebrochene Jahr 2011 als ‚Schicksalsjahr‘ für die schwarz-gelbe Koalition beschworen … Damit wird zugleich suggeriert, dass die politischen Entscheidungen, vor denen das Land steht, in der Hand des Wählers liegen. Doch der wohnt nur einer vordergründigen Schmierenkomödie bei, die dazu dient, die hintergründige Dramatik zu verschleiern, solange es nur geht.“ Der Bundestag sei unfähig und das föderale System sei „zum Garanten des rasenden Stillstands und zur Einnahmequelle für eine politische Klasse degeneriert, deren Hauptzweck die Selbstversorgung ist.“ Das Problem des Blattes ist, dass nicht die Politiker gewählt werden, die ihm am Herzen liegen – die wären dann selbstverständlich keine „Selbstversorger“. Aber noch immer ist keine Partei in Sicht, die die Hoffnungen des Blattes erfüllen könnte: „Man täusche sich auch nicht über die Reserven, über die das politische System oder die von ihm bevormundeten Bürger verfügen. Sie reichen aus, um schnelle Offenbarungseide zu vermeiden. Konservative sollten daher nicht zu viele Erwartungen an die bevorstehenden Wahlen knüpfen. Bevor die verborgene Dramatik in den Vordergrund tritt, ehe die Wut zur Einsicht wird und aus dieser politische Entschlusskraft erwächst, wird das Jahr 2011 zu Ende gegangen sein.“ *uld* ■

Fusion NPD-DVU vollzogen

Die Fusion von NPD und DVU ist vollzogen der Verschmelzungsvertrag nota-



riell abgezeichnet und auch die Webseite ist bereits unter dem neuen Namen NPD-Die Volksunion gestartet. Ein „Festakt“ soll am kommenden Samstag in Berlin stattfinden (siehe S. 1). ■

Spendenkampagne Antifaschistische Nachrichten

Bei der Spendekampagne 2010 wurden bis Jahresende

2907,- Euro

gespendet. Wir danken allen Spenderinnen und Spendern noch einmal herzlich für ihre Unterstützung.